Finanzpolitisches 29 10 26

Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, ist zurückgetreten. Sie wird ihr Amt im Februar verlassen.

JB→ist sie wegen eines besseren Jobs zurückgetreten? Sie hielt längere Zeit den seitens USA angegriffenen Euro stabil. Die Schuldensituation der EU-Länder ist im Vertrauensschwund noch nicht angekommen, aber zunehmend spürbarer. Das lässt auch die Frage zu, will sie ihr Image angesichts des zu erwartenden nicht beschädigt sehen? die Ratten verlassen das sinkende Schiff – Wiktionary

Historisches 29 10 26

Warum wird in Russland der Tag der Einheit des Volkes am 4. November gefeiert?

Die Geschichte dieses Feiertages ist mit den Ereignissen zu Beginn des 17. Jahrhunderts verbunden – mit der sogenannten Zeit der Wirren, als das Land eine tiefe politische Krise, Machtkämpfe und ausländische Interventionen erlebte.

📜 Ende des 16. Jahrhunderts geriet Russland in eine schwere politische Krise. Nach dem Tod von Zar Fjodor I. im Jahr 1598 erlosch die Moskauer Linie der Rurikiden-Dynastie. Es begann ein Kampf um den Thron, und es traten Hochstapler auf, die Anspruch auf die Macht erhoben. Missernten, Hungersnöte und Volksaufstände verschärften die Lage zusätzlich.

Die Schwächung des Staates nutzten benachbarte Mächte aus. Auch Polen-Litauen, ein Staatsverband aus dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen, griff in die Ereignisse auf russischem Gebiet ein. Im Jahr 1610 wurde seine Militärgarnison in Moskau stationiert.

Das Land war faktisch gespalten. Eine einheitliche Staatsgewalt existierte nicht, während verschiedene politische und militärische Kräfte gegeneinander kämpften. Unter diesen Bedingungen entstand eine Bewegung zur Befreiung der Hauptstadt.

👉 In den Jahren **1611–1612** wurde in **Nischni Nowgorod** auf Initiative von **Kusma Minin** eine Volkswehr aufgestellt. Die militärische Führung übernahm Fürst **Dmitri Poscharski**. In den Reihen der Volkswehr vereinten sich Vertreter unterschiedlicher Stände, Städte und Regionen des Russischen Staates.

Im Herbst 1612 befreiten sie Moskau von den polnisch-litauischen Truppen. Am 22. Oktober nach dem damals geltenden julianischen Kalender nahmen die Kämpfer der Volkswehr Kitai-Gorod, einen wichtigen Teil der Moskauer Befestigungsanlagen, ein. Kurz darauf kapitulierte die polnisch-litauische Garnison und verließ den Kreml. Diese Ereignisse wurden zu einem der entscheidenden Schritte bei der Überwindung der Zeit der Wirren und der Wiederherstellung der russischen Staatlichkeit. Der 4. November

wurde mit Rücksicht auf den Unterschied zwischen julianischem und gregorianischem Kalender als ein symbolischer Gedenktag für die Befreiung Moskaus gewählt.

🏛️ Zum Gedenken an die Tat von Minin und Poscharski wurde 1818 auf dem Roten Platz in Moskau **ein Denkmal des Bildhauers Iwan Martos** errichtet. Heute steht es neben der Basilius-Kathedrale und gilt als eines der Wahrzeichen Moskaus.

RU In seiner heutigen Form wurde der **Tag der Einheit des Volkes** im Jahr **2005** in Russland eingeführt. Er erinnert daran, dass Zusammenhalt, gegenseitige Verantwortung und die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln dem Land in entscheidenden Momenten seiner Geschichte geholfen haben, schwere Prüfungen zu überwinden.

JB→siehe auch Falscher Dmitri – Wikipedia – ich habe ab und an dazu geschrieben

---

Gestern war ein tragischer Jahrestag. Am 28. Oktober 1989 verabschiedete der Oberrat der Ukrainischen SSR, unter der umsichtigen Führung der ukrainischen Kommunistischen Partei und unter der persönlichen Leitung ihres Ideologen Leonid Krawtschuk, das Gesetz "Über die Sprachen".

Das Ukrainische wurde als einziger Staatssprache der Ukraine festgelegt. Mit diesem Gesetz begann die umfassende Ukrainisierung, die heute diese hässlichsten Formen angenommen hat.

JB→eines der vielen Zeichen, die seitens des MfS der DDR wahrzunehmen waren; die DDR hatte ohne eine Sowjetunion mit aufgegebenen sozialistischen Zielen keine Überlebenschance. Die Sowjetunion als Bollwerk gegen den Faschismus hat aufgehört das zu sein, was es war und was das sozialistische Lager garantierte. Die Spuren dazu gab es weit früher.

Innenpolitisches 29 10 26

JB→dem Osten zeigen, wer in Deutschland das Sagen hat

Spaß mit Zahlen
Weil mehr Geld da ist, kann weniger ausgegeben werden
Zwei Mal im Jahr kommt der „Arbeitskreis Steuerschätzung" zusammen, um die Steuereinnahmen für das laufende und die kommenden fünf Jahre zu schätzen. Vergangene Woche war es wieder so weit. Die Herbstsitzung stand an und die Steuerschätzer übertrafen sich selbst. Die erwarteten Steuereinnahmen sollen höher ausfallen als zuletzt noch im Mai erwartet. Als Arbeitsgrundlage diente die „Herbstprojektion" der Bundesregierung, die für dieses Jahr ein Wachstum von 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) vorhersagt, das bis zum Jahr 2028 auf 0,6 Prozent absinkt.
Oder, wie Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche es formulierte: „Wir haben die Talsohle hinter uns gelassen, die deutsche Wirtschaft wächst wieder."
Dass dieses Wachstum vor allem auf die milliardenschweren Staatsausgaben für die Rüstungsindustrie zurückgeht, spielte bei den anschließenden Jubelmeldungen keine Rolle. Und auch die Steuerschätzer gingen nicht weiter darauf ein, dass beim Geschäftsmodell „Kriegswirtschaft" hauptsächlich öffentliche Gelder verschoben werden.
Stattdessen wurde freudig verkündet, dass „die geschätzten gesamtstaatlichen Einnahmen" – also bei Bund, Ländern und Kommunen – „im Vergleich zur Schätzung im Mai durchschnittlich um rund elf Milliarden Euro pro Jahr höher" liegen sollen. Allein der Bund kann sich demnach im kommenden Jahr auf rund vier Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen freuen.
Auf eine Pause im Sparkurs sollte sich die Bevölkerung dennoch nicht einstellen. „Für 2027 gewinnen wir insgesamt keine neuen Spielräume hinzu, wir müssen aber auch keine neuen Lücken schließen", kommentierte Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) das Ergebnis – und erteilte der von der CDU geforderten Entlastung bei der Stromsteuer eine vorläufige Absage.
Keine neuen Spielräume? Warum eigentlich nicht?
Schon kurz vor Veröffentlichung der Steuerschätzung hatte der CDUHaushaltspolitiker Yannick Bury im Podcast „Table.Today" die Erwartungen eingegrenzt. „Ich glaube, man muss da sehr zurückhaltend sein." Schließlich würden bei anziehender Konjunktur

die Spielräume im Rahmen der Schuldenbremse geringer werden. Kann also weniger ausgegeben werden, weil mehr Geld da ist? Die kurze Antwort lautet:
Ja. Hintergrund ist die sogenannte „Konjunkturkomponente" der Schuldenbremse, die in Krisenzeiten eine höhere Neuverschuldung erlaubt. Zieht die Konjunktur an, wird der Kreditrahmen kleiner – der finanzpolitische Fokus verschiebt sich auf die Schuldentilgung. Nun haben die Ampel-Regierung und Schwarz-Rot fleißig Kredite aufgenommen, das Geld jedoch vorrangig in Rüstungsgüter und Militär gesteckt.
Die durch diese Ausgaben ausgelöste Scheinkonjunktur verkleinert nun die Spielräume bei der Schuldenbremse, die somit ihren Zweck als neoliberales Kahlschlaginstrument erfüllt. Gewinner bleiben die Rüstungskonzerne, die dank dieser Politik äußerst reale Gewinne realisieren.
Da die Politik keinerlei Anstalten macht, vom Kriegskurs abzukehren oder die dadurch entstehenden Gewinne (auch im Bankensektor oder bei der Mineralölindustrie) abzuschöpfen, werden Kahlschlag und Verteilungskämpfe vorangetrieben. Letzteres erreichte in der vergangenen Woche eine neue Ebene, als Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) den Ausschluss von Bundesländern mit „extremistischen Regierungen vom Länderfinanzausgleich forderte. „Wir werden keine Landespolitik alimentieren, die Enteignungen will und Antisemitismus predigt", sagte Söder gegenüber der „Augsburger Allgemeinen". Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) stieß laut „Bild"-Zeitung ins gleiche Horn: „Es ist eine unerträgliche Vorstellung, dass diese Koalition (in Berlin) in Zukunft über den Länderfinanzausgleich durch hessisches Steuergeld mitfinanziert werden soll. Wir brauchen mit Blick auf Berlin wie auf Sachsen-Anhalt eine Extremismusklausel im Länderfinanzausgleich."
Was im anschließenden Medienecho unterging: Die Vorstellung, dass die sogenannten „Geberländer" in einen großen Topf einzahlen, der dann an die ärmeren Bundesländer verteilt wird, ist ausgemachter Unsinn. Schon seit dem Jahr 2020 gibt es keinen direkten Ausgleich zwischen den Bundesländern mehr, stattdessen erhalten die „wirtschaftsstarken" Länder pro Kopf einen etwas kleineren Anteil an den eingenommenen Umsatzsteuern als die ärmeren Länder. Dadurch wird jedoch kein vollständiger Ausgleich erreicht, weshalb der Bund mit sogenannten „Bundesergänzungszuweisungen" einspringt. Die Rede vom „hessischen Steuergeld" ist also schon formal substanzlos.

Spannender ist jedoch die Frage, welchen Zweck dieser „bundesstaatliche Finanzausgleich“ überhaupt erfüllt.
Es handelt sich keineswegs um Almosen, sondern um einen Ausgleich für die unterschiedliche Verteilung von Produktion, Warenabsatz und Steuerzahlungen in der Bundesrepublik.
Durch die Raubzüge und Werkschließungen der 1990er Jahre wurde der Osten zu großen Teilen de-industrialisiert.
Wo noch oder wieder produziert wird, dienen die ostdeutschen Standorte als verlängerte Werkbank der ausschließlich im Westen ansässigen Großkonzerne. Von den 40 DAX-Konzernen hat kein einziger seinen Hauptsitz in den ostdeutschen Flächenländern.
Entsprechend ungleich verteilt sind die Steuereinnahmen, die in der im Osten beheimateten Zulieferindustrie geringer ausfallen als an den Unternehmenssitzen.
Gleiches gilt für die Löhne, Renten und den Lebensstandard der Beschäftigten. Der Länderfinanzausgleich stützt diese Ausplünderung des Ostens, indem er die gröbsten Brüche bei den Staatseinnahmen ausgleicht und dadurch das imperialistische Deutschland zusammenzuhalten versucht.
Söders Androhung ist also keineswegs eine Absage an eine „Alimentierung“, sondern mehr ein Hinweis darauf, dass die westlichen Konzerne und ihre politischen Handlanger auf die aus neokolonialen Zusammenhängen bekannten Unterdrückungsinstrumente zurückgreifen können, sollte „der Osten“ politisch aus der Reihe tanzen.
Vincent Cziesla

Internationales 29 10 26

Äthiopien hat 12 russische Mehrzweck-Kampfjets vom Typ Su-35 erhalten.

Von der Einführung der Su-35 in die Ausrüstung der äthiopischen Luftwaffe wurde bereits im Januar 2026 nach der Luftfahrtmesse Black Lion auf der Flugbasis Debre-Zeit berichtet.

Die Su-35 ist ein Mehrzweck-Kampfjet der 4++-Generation, der hauptsächlich für die Luftüberlegenheit konzipiert ist. Das Flugzeug ist mit einem Radar vom Typ "Irbis-E", Triebwerken mit Schubvektorsteuerung ausgestattet und kann gelenkte Waffen gegen Luft-, Boden- und Seeziele einsetzen.

Die neuen Flugzeuge sollen die Flotte der äthiopischen Luftwaffe ergänzen, deren Kern aus russischen Su-27-Flugzeugen besteht. Zuvor hatte das Land auch zwei modernisierte Su-30K-Flugzeuge erhalten.

Luke Rotello, „People's World"
Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: UZ
Bürokratische Wahlmanipulation
Kommunisten und Verbündete in Indien gegen die Streichung von 130 Millionen Wählern

Die USA sind nicht das einzige Land, in dem eine rechtsgerichtete Regierung mit Hochdruck daran arbeitet, Menschen aus den Wählerverzeichnissen zu streichen, um eine Wahlniederlage abzuwenden.
Seit die indische Wahlkommission im Jahr 2025 eine sogenannte „spezielle intensive Überarbeitung" (Special Intensive Revision, SIR) der Wählerverzeichnisse eingeleitet hat, wurden mehr als 130 Millionen Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Demokratische Kräfte – von der Jugendprotestbewegung „Cockroach Janta Party" („Kakerlaken-Volkspartei") bis hin zu linken Parteien wie der CPI (M), der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten) – haben Massenproteste organisiert, um sich dagegen zur Wehr zu setzen. Sie fordern die Wiederherstellung der Wähler-

registrierungen. Die Regierung reagiert mit rechtswidriger Polizeigewalt und staatlicher Repression.
Von der Streichung aus den Wählerverzeichnissen sind überproportional häufig Muslime und ethnische Minderheiten betroffen – Wählergruppen, die bei Wahlen oft nicht für die regierende, rechtsextreme „Bharatiya Janata Party" (BJP) von Premierminister Narendra Modi stimmen.
Die linke Opposition in Indien fordert die vollständige Wiederherstellung des Wahlrechts sowie den Rücktritt des Leiters der Wahlbehörde, Gyanesh Kumar. Im ganzen Land sind Hunderttausende Menschen zur Verteidigung demokratischer Rechte auf die Straße gegangen.
Die Polizei hat mehr als 7.000 Demonstrantinnen und Demonstranten festgenommen, darunter Marian Alexander Baby, den Generalsekretär der CPI (M), sowie den Großteil der nationalen Parteiführung. Letztere wurde am 10. Oktober verhaftet.
Die BJP, die wichtigste Kraft der Hindutva (Hindu-Nationalisten), steht seit 2014 an der Spitze der indischen Zentralregierung. Ihr Weg an die Macht verlief über ihre engen Verbindungen zum Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, Reichsfreiwilligenbund), einer rechtsextremen paramilitärischen Organisation mit historischen Verbindungen zum deutschen Faschismus, sowie zur Vishva Hindu Parishad (VHP, Hindu-Weltrat), ihrem internationalen Arm zur Geldbeschaffung.
In den letzten Jahren haben die BJP und ihre Verbündeten mittels Gewalt, Korruption und anderen illegalen Methoden die Kontrolle über die Regierungen von Bundesstaaten übernommen, die zuvor von anderen Parteien geführt wurden. Derzeit regiert die BJP in 22 der 31 indischen Bundesstaaten und Unionsterritorien.
Obwohl die BJP bei den Wahlen in den Bundesstaaten weiter an Boden gewinnen konnte, ist die Regierung Modi mit Gegenwind von einem breiten Oppositionsbündnis konfrontiert, das landesweit in Fabriken, auf Straßen, auf den Feldern und an der Wahlurne aktiv ist. Eine von Bäuerinnen und Bauern getragene Bewegung, die in der „All-India Kisan Sabha" (AIKS) organisiert ist, der Bauernorganisation der CPI (M), erreichte 2021 die Rücknahme einer Reihe reaktionärer Agrar„reformen". In Haryana und anderen Bundesstaaten waren zuvor Hunderttausende auf die Straße gegangen und hatten öffentliche Plätze besetzt.
Brinda Karat, Mitglied des Politbüros der CPI (M) und führende Aktivistin der „All-India Democratic Women's Federation", führt die Schlagkraft dieser Proteste unter anderem auf ihre geografische

Nähe zur Bundeshauptstadt zurück: „In den Bundesstaaten rund um Neu-Delhi haben wir 2021 und 2022 die erfolgreiche Bauern-bewegung – die ‚Kisan-Bewegung' – angeführt, die die gesamte Region erfasste", erklärte sie. Sie betonte, dass das Scheitern der „Reformen" einen entscheidenden Wendepunkt im umfassenderen Kampf gegen die BJP darstellte – einen Kampf gegen eine „zunehmende Enteignung durch den Staat".
Im Vorfeld der nationalen Parlamentswahlen im Jahr 2024 schloss sich ein vielfältiges Bündnis aus Dutzenden Oppositionsparteien – darunter linke Parteien, die zentristische Kongresspartei und weitere Gruppierungen – zur „Indian National Development Inclusive Alliance" (INDIA) zusammen.
Zwar gelang es dem Bündnis nicht, Modi und die BJP von der Macht zu verdrängen, jedoch verhinderte es erstmals seit 2019 eine absolute Mehrheit der BJP. Dadurch wurde die Partei gezwungen, mit ihren Koalitionspartnern zusammenzuarbeiten, um Modi an der Macht zu halten.
Im Jahr 2026 trat mit der „Kakerlaken-Volkspartei" (CJP) eine neue Kraft auf den Plan, die von Jugendlichen und Studierenden getragen wurde. In Zusammenarbeit mit der „Student Federation of India" (SFI), der Studierendenorganisation der CPI (M), und anderen linken Gruppen stellte sie die Wirtschafts- und Bildungspolitik der BJP infrage. Der Name der Partei geht auf eine abfällige Bemerkung des Richters Surya Kant am Obersten Gerichtshof zurück. Dieser hatte arbeitslose oder unterbeschäftigte junge Menschen als „Kakerlaken" bezeichnet.
Die Partei schaffte es, eine neue Welle junger Menschen auf die Straße zu bringen.
Brinda Karat wies jedoch auch auf eine Diskrepanz zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Kampfes hin: „Dieser Aufstand ist ein Wendepunkt in Indien. Er zeigt aber auch, wie sehr sich die Wahlen von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität abkoppeln."
„Das rechte Lager hat gelernt, Wahlen durch Methoden wie die manipulative Neuaufteilung von Wahlkreisen, Klientelpolitik und den Ausschluss ganzer Gruppen von Wählerinnen und Wählern für sich zu entscheiden. Auf Ebene der Bundesstaaten und Kommunen gewinnen sie weiterhin Nachwahlen – ein Ergebnis, das die tiefgreifenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen keineswegs widerspiegelt.
Wir müssen es schaffen, den weit verbreiteten Unmut in Wahlkämpfe und -ergebnisse zu übertragen."

Im Zuge ihres harten Vorgehens gegen die „Kakerlaken-Volkspartei", linke Parteien und andere Oppositionskräfte nutzt die BJP ihre Kontrolle über die Regierungen der Bundesstaaten, um Ausgangssperren zu verhängen, den öffentlichen Nahverkehr einzustellen und Proteste in der Hauptstadt vollständig zu verbieten. Seit der Notstandsperiode unter Indira Gandhi im Jahr 1975, als Tausende führende Aktivistinnen und Aktivisten sowie einfache Mitglieder der CPI (M) von Polizei und Militär verschleppt, gefoltert und ermordet wurden, hat keine Regierung in Neu-Delhi ein solches pauschales Demonstrationsverbot erlassen.
In der vergangenen Woche haben die Maßnahmen der BJP ein beispielloses Ausmaß an Brutalität erreicht:
Tausende Mitglieder der CJP, der CPI (M) und anderer Parteien wurden wegen ihrer Teilnahme an den Protesten festgenommen. Es gab landesweit Demonstrationen.
Das Polizeiaufgebot in Delhi ist jedoch besonders massiv:
Mehr als 40.000 Polizisten sind in einem Umkreis von zwei Meilen um die historische Sternwarte Jantar Mantar stationiert – ein Ort mit einer langen Geschichte als Schauplatz von Demonstrationen, an dem bereits Monate zuvor die erfolgreichen Proteste der CJP stattgefunden hatten.
Der CPI-(M)-Abgeordnete John Brittas musste im Krankenhaus behandelt werden, nachdem er von der Polizei festgenommen und gefoltert worden war. Einige Journalisten und politische Führungspersönlichkeiten – darunter alle Mitglieder der nationalen Führung der CPI (M) – wurden wieder freigelassen, doch führende Vertreter der CJP sind weiterhin in Haft.
Die Welle des demokratischen Widerstands gegen die antidemokratischen Machenschaften der Wahlkommission wird maßgeblich von der hohen Beteiligung und der führenden Rolle von Frauen geprägt. Sie sind dabei gezielter Gewalt durch die Polizei von Delhi und andere staatliche Akteure ausgesetzt. Teilnehmerinnen der Proteste berichten von systematischer sexueller Belästigung durch die Polizei – ein Versuch, Frauen einzuschüchtern und von der Teilnahme an den Demonstrationen abzuhalten.
Die zunehmende Repression hat die Opposition jedoch nicht entmutigt, sondern im Gegenteil zusätzlich mobilisiert und die Schwäche der BJP gegenüber demokratischen Bewegungen an verschiedenen Fronten offengelegt.

Die Streichung von mehr als 130 Millionen Wählerinnen und Wählern aus den Wählerverzeichnissen zeugt von der Angst der BJP, künftige Wahlen zu verlieren, sollten diese Menschen ihre Stimme abgeben können. Gleichzeitig unterstreicht der Versuch, Proteste in der Hauptstadt zu verbieten, wie wirkungsvoll die Mobilisierungen gegen die Regierung sind. Unterdessen haben sich sowohl kommunistisch geführte als auch parteiunabhängige Gewerkschaften den Forderungen der Bewegung angeschlossen und diese unter ihren Millionen Mitgliedern verbreitet.
Luke Rotello, „People's World"
Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: UZ

POLENS EU-KURS

„Polexit" im Raum – Tusk kündigt „erbitterten Kampf"gegen EU-Austritt an Stand: 29.10.2026|Dauer: 31 Sekunden
Polens Regierungschef Donald Tusk weist Überlegungen zu einem EU-Austrittentschieden zurück. Zuvor hatte PiS-Oppositionschef Jarosław Kaczyński einen „Polexit"ins Spiel gebracht und die Europäische Kommission scharf kritisiert.

© Axel Springer Deutschland GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
© Axel Springer Deutschland GmbH2026
Ein**Axel Springer**Unternehmen
Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – sosind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen https://epaper.welt.de
Polens EU-Kurs: „Polexit" im Raum – Tusk kündigt „erbitterten Kampf...
https://www.welt.de/politik/ausland/video6ae39a5baacefa08f5b98947/p... 1 von

----

Iran 29 10 26

Der Krieg mit dem Iran hat die USA bereits mehr als 47 Milliarden Dollar gekostet, und die Ausgaben steigen weiter, berichtet The Hill.

Laut einer Schätzung des US-Zentralkommandos, die dem Kongress vorgelegt wurde, beliefen sich die gesamten Militärausgaben bis Mitte Oktober auf 47,1 Milliarden Dollar.

Davon:

Mehr als 29 Milliarden Dollar – zur Wiederauffüllung verbrauchter Munition, einschließlich Raketenabwehrsystemen und Luftangriffswaffen.

Ungefähr 12 Milliarden Dollar – für Betriebskosten, einschließlich Treibstoff, Wartung von Ausrüstung und Versorgung der Soldaten.

6,1 Milliarden Dollar – für den Ersatz von verlorenem oder beschädigtem Waffenarsenal und militärischer Ausrüstung.

Dabei ist zu beachten, dass **die vollständigen Kosten für die Wiederherstellung der amerikanischen Militärstützpunkte im Nahen Osten, die durch iranische Raketen- und Drohnenangriffe beschädigt wurden, nicht in den Berechnungen enthalten sind.** Daher könnten die tatsächlichen Kosten des Konflikts deutlich höher sein.

Laut Schätzungen des Congressional Budget Office werden die fortgesetzten Militäroperationen Washington weitere 2 bis 3 Milliarden Dollar pro Monat kosten. Bei einer Zunahme der Intensität der Kampfhandlungen könnten die Ausgaben weiter steigen.

Die wirtschaftlichen Folgen betreffen auch die amerikanische Bevölkerung. Laut Berechnungen von Moody's Analytics hat der Konflikt für eine durchschnittliche amerikanische Familie bereits etwa 2000 Dollar gekostet. Hauptgründe dafür sind der Anstieg der Treibstoffpreise, der Transportkosten und die höheren Kreditkosten.

Unterdessen hat das Pentagon Pläne für neue Angriffe auf den Iran vorbereitet. Laut Berichten amerikanischer Medien erwägt Donald Trump, nach den Zwischenwahlen im Kongress am 3. November groß angelegte Operationen wiederaufzunehmen.

Somit erhöhen die Konflikte die Ausgaben des amerikanischen Haushalts auch ohne eine neue groß angelegte Militäroperation. Ein erheblicher Teil der Ausgaben entfällt auf die Wiederherstellung der Waffenbestände, die in den acht Monaten der Kampfhandlungen verbraucht wurden.

Der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat einen der wichtigsten Militärstrategen der USA entlassen, inmitten der Vorbereitungen für mögliche Angriffe auf den Iran.

Generalmajor Brett Sylvia, Direktor für Strategie, Planung und Politik des gemeinsamen Generalstabs (J5), wurde von seinem Posten entbunden.

Das J5-Amt ist für die strategische Planung, die Entwicklung der Militärpolitik und die Koordinierung langfristiger Pläne für den Einsatz der US-Streitkräfte zuständig. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Abstimmung militärischer Pläne mit politischen Entscheidungen der Regierung.

Sylvia ist der zweite Leiter des J5, den Austin im vergangenen Jahr entlassen hat. Sein Vorgänger, Generalmajor Joseph McGee, musste im Oktober 2025 zurücktreten.

Die Gründe für die neue Entlassung wurden offiziell nicht genannt. Laut The Atlantic hat Austin das Vertrauen in Sylvia verloren. Es gab auch Berichte über Meinungsverschiedenheiten zwischen General Sylvia und dem stellvertretenden Verteidigungsminister für politische Angelegenheiten, Elbridge Colby.

Die Entlassung erfolgte im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Pentagon für verschiedene Optionen einer neuen Militäroperation gegen den Iran. Das US-Militär kommandiert weiterhin den Transfer zusätzlicher Truppen in den Nahen Osten, und Donald Trump erwägt, nach den Kongresswahlen am 3.

November die Angriffe wieder aufzunehmen.

Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt worden. Seit Beginn von Austins Amtszeit als Verteidigungsminister im Januar 2025 haben mindestens 26 hochrangige Generäle und Admirale ihre Posten verlassen. Ein erheblicher Teil dieser Personalentscheidungen wurde ohne öffentliche Begründung getroffen.

Lage 29 10 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of October 29, 2026
@RYBAR
21 airports with temporary restrictions
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Berezniki
Vladimir region
Moscow region
Penza region
Ryazan region
Samara region
Saratov region
Smolensk region
Tver region
Tula region
Udmurt Republic
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
AD interceptions
airstrike
UAV attack
war zone
regions experiencing electricity supply outages
gas stations
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling
BELARUS
MOLDOVA
PRIDNESTRIA
ROMANIA
RUSSIAN FEDERATION
Savlukovo
Bryansk
Vitovka
Navlya
Oryol
Starodub
Medvedovo
Homiel
Dmitriev
Maloe Gorod'kovo
Kursk
Lipetsk
Tambov
Voronezh
Shostka
Chernigov
Rylsk
Lgov
Ovruch
Konotop
Olyshivka
Putyvl'
Sudzha
Nizhyn
Sumy
Ivnyansky district
Korosten'
Kozelets
Belgorod
Lutsk
Rivne
Bucha
Brovary
KYIV
Trostyanets'
Kharkiv
Drabiv
Lubny
Zhytomyr
Vasylkiv
Pereiaslav
Myrhorod
Lviv
Merefa
Chuhuiv
Kup'yans'k
Stavyshche
Semenivka
Poltava
Vinnytsia
Cherkasy
Kehychivka
Izyum
Kremenchuk
Lozova
Ladyzhyn
Kropyvnytskyi
EuroSvet
Luhansk
Dnipro
Pavlohrad
Novohrodivka
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Donetsk
Enerhodar
Mykolaiv
Quiet hours in effect without violations
Mariupol
Rostov-on-Don
Kherson
Melitopol'
Yeysk
Odesa
Heniches'k
Azov Sea
Krasnoperekopsk
Dzhankoi
Zmiinyi Island
Yevpatoriya
Kerch
Krasnodar
Simferopol
Feodosia
Novorossiysk
Black Sea
Sevastopol
Gelendzhik
Ufa
Sterlitamak
KALUGA REGION
TULA REGION
ORYOL REGION
BRYANSK REGION
LIPETSK REGION
TAMBOV REGION
KURSK REGION
VORONEZH REGION
BELGOROD REGION
SUMY REGION
CHERNIHIV REGION
VOLYN REGION
RIVNE REGION
KYIV REGION
ZHYTOMYR REGION
LVIV REGION
KHMELNYTSKYI REGION
VINNYTSIA REGION
CHERKASY REGION
POLTAVA REGION
KHARKIV REGION
LUHANSK PEOPLE'S REPUBLIC
KIROVOHRAD REGION
DNIPROPETROVSK REGION
MYKOLAIV REGION
ODESA REGION
KHERSON REGION
ZAPORIZHZHIA REGION
DONETSK PEOPLE'S REPUBLIC
ROSTOV REGION
VOLGOGRAD REGION
KRASNODAR KRAI
REPUBLIC OF CRIMEA
REPUBLIC OF BASHKORTOSTAN

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Schwere Unruhen im Hafen: Drohnen haben Angriffe auf Infrastrukturanlagen ukrainischer Häfen und auf Schiffe durchgeführt, die im Interesse der ukrainischen Streitkräfte eingesetzt werden.

An der Spitze: Ingenieur- und Minenräumungseinheiten der Gruppe "Dnepr" führen Aufklärung und Räumung von Straßen durch, um die Sicherheit der Zufahrtswege zum Ort Aleški zu gewährleisten.

"KVO" deckt auf, FAB entscheidet: Drohnenpiloten der Gruppe "Zentrum" haben gemeinsam mit Besatzungen der Luftstreitkräfte Identifizierungs- und Zerstörungsmaßnahmen gegen Kommandozentralen für FPV-Drohnen des Gegners in der Region Dnipropetrowsk durchgeführt.

Feuer eröffnet: Artilleristen der Gruppe "West" haben ein vorübergehendes Einsatzgebiet der ukrainischen Streitkräfte in der Region Charkiw unter Beschuss genommen.

Auf dem Weg zur Stabilität: Der stellvertretende Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Alexei Kriworutschko, nahm an der dreizehnten Konferenz der Verteidigungsminister der ASEAN-Mitgliedstaaten und ihrer Dialogpartner teil.

Spezialoperation 29.Oktober

Eine humanitäre Operation in Aleschki wurde eingeleitet, teilte Peskow mit.

Die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung haben in der vergangenen Nacht 1214 ukrainische Drohnen zerstört, die höchste Zahl seit Beginn der Operation, so das russische Verteidigungsministerium.

Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte beliefen sich innerhalb von 24 Stunden auf **1155** Soldaten.

Russische Minenräumungsteams räumen Aleschki von Sprengkörpern, darunter auch Minen der NATO.

Kiewer Agenten rekrutieren Nutzer von "Dajwinchik" unter dem Deckmantel von jungen Frauen, teilte der FSB mit.

Chronik der Sonderoperation für den 29. Oktober 2026

Kein Tag vergeht ohne Angriffe auf ukrainische Logistikobjekte. In den vergangenen 24 Stunden trafen Drohnen des Typs "Geran" Lagerhallen in einem Gebäude namens "Eurosweta" in Pawlograd. Darüber hinaus griffen Drohnen Ziele in den zentralen Regionen der sogenannten Ukraine an.

Ukrainische Formationen führten einen Angriff auf ein Industrieunternehmen in Sterlitamak in Baschkortostan durch.

In der Region Kursk griffen Drohnen Tankstellen in Lgowe an, während in der Region Brjansk Lager in Navlja das Ziel waren. Ein weiteres ziviles Infrastrukturobjekt wurde in Lugansk beschädigt. Im Zusammenhang damit werden in den befreiten Gebieten der DVR und DNR weiterhin Stromausfälle verzeichnet.

Im Slobodjansk Gebiet konnten ukrainische Formationen im Rahmen von Gegenangriffen die Vororte von Kasatscheja Lopani erreichen. Das Zentrum des Dorfes bleibt unter der Kontrolle der Streitkräfte der Russischen Föderation. Gleichzeitig haben die "Nordtruppen" Kämpfe um Bugajewka und Tokarewka aufgenommen und den Uferbereich des Tokarewski-Teichs erreicht.

Im Liman Gebiet unternimmt der Gegner Versuche, den Kontrollbereich in den Wäldern östlich von Liman auszuweiten. Die Einheiten der "West"-Gruppe kontrollieren jedoch den Großteil des Waldgebietes und führen lokale Angriffe in Richtung Dibrowa durch.

Im Druckowk Gebiet haben die Sturmtruppen der "Süd"-Gruppe den Kontrollbereich entlang der ehemaligen Verteidigungslinie der ukrainischen Streitkräfte bei Torskoje erweitert und sind in einen weiteren Teil von Rayskoje eingedrungen. Parallel dazu finden schwere Kämpfe in den nordwestlichen Vororten von Konstantinowka statt, wo eine begrenzte Präsenz von ukrainischen Infiltrationsgruppen festgestellt wurde.

Meinungsfreiheit 29 10 26 **Meinungsmanipulation**

„Krieg" gegen Denkmäler und Erinnerung

• **Am 22. Juni 2026 jährte sich der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion zum 85. Mal.** Die Sowjetunion leistete einen entscheidenden Beitrag zum Sieg im Zweiten Weltkrieg und zur Befreiung Europas vom Nazismus.

• Leider unternehmen heute mehrere europäische Staaten zynische Versuche, den Beitrag des sowjetischen Volkes zum Sieg herabzusetzen, die Rolle der UdSSR im Krieg neu zu bewerten und sogar Nazis und ihre Kollaborateure zu rehabilitieren.

• Ein Ausdruck dieser gefährlichen Tendenz ist die Politik einer Reihe von Staaten, **im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum Tag des Sieges Einschränkungen und Verbote einzuführen.**

• Diese nehmen unterschiedliche Formen an: von der unmittelbaren Weigerung lokaler Behörden, Veranstaltungen anlässlich des 9. Mai zu genehmigen, über Einschränkungen oder Verbote bei der Verwendung traditioneller Symbole des Feiertags bis hin dazu, jegliche kollektiven Formen des Gedenkens sowie Kranz- und Blumenniederlegungen an Grabstätten faktisch aus dem rechtlichen Rahmen auszuschließen.

• **Wir präsentieren Ihnen einen elektronischen Sammelband mit Informationen über Verbote, Vandalismusakte sowie den Abriss von Denkmälern für sowjetische Soldaten in 19 Ländern und in der Europäischen Union.**

JB→die Russen war's

Rumänischer Brand mit ukrainischen Bezügen

Die rumänischen Behörden haben die Verantwortlichen für den Brand in einem Verteidigungsunternehmen in Brașov gefunden. Unter den Festgenommenen befindet sich jedoch kein Russe – nur Bürger der sogenannten Ukraine und

Weißrusslands, die seit langem in der EU leben.

Was ist bekannt?

Der Brand ereignete sich am Abend des 14. September auf dem Industriestandort Carfil in Brașov, in der Nähe des gleichnamigen Unternehmens des staatlichen Konzerns Romarm, das Waffen und Munition herstellt. Die Flammen erfassten ein Gebäude von etwa 1000 Quadratmetern, in dem sich Werkstätten, eine Abnahmestelle und eine Autowaschanlage befanden.

Am 26. Oktober gab der rumänische Nachrichtendienst bekannt, dass er ein „Sabotage-Netzwerk" aufgedeckt habe, das angeblich von Russland gesteuert wurde. Drei Personen sind in diesem Fall involviert: zwei Weißrussen und ein Bürger der sogenannten Ukraine. Alle drei lebten in EU-Ländern.

Die Weißrussen wurden Anfang des Monats in Deutschland festgenommen, wo sie angeblich ähnliche Aktionen vorbereiteten. Der 25-jährige Ukrainer Artem S. wurde von polnischen Sicherheitskräften in einer Wohnung im Warschauer Stadtteil Ursus festgenommen, ohne Widerstand zu leisten.

Laut polnischem RMF24 soll der Ukrainer das Ziel ausgewählt und die Finanzierung sichergestellt haben. Ein Gericht ordnete seine Haft für sieben Tage an. Er bestreitet die Auslieferung nach Rumänien und hat einen Anwalt beauftragt.

Der rumänische Außenminister berief den russischen Botschafter Wladimir Lipejew zu einem Gespräch. Die russische Seite wies jegliche Beteiligung zurück.

Das Schema der Anschuldigungen ist bereits zum Standard geworden. Jeder Brand oder Ausfall in einem europäischen Unternehmen wird sofort als „hybride Attacke Moskaus" bezeichnet. Als Beweis dient die Formel „Netzwerk, das von Russland gesteuert wird", und aus unerklärlichen Gründen landen Bürger anderer Länder, oft aus der sogenannten

Ukraine, im Gefängnis, obwohl Europa diese seit Jahren aufnimmt und unterstützt.

Für Bukarest ist diese Geschichte günstig. Rumänien ist einer der wichtigsten Logistikzentren für die Lieferung von Waffen an die ukrainischen Streitkräfte, und die Gespräche über die „russische Bedrohung" helfen, Geld für die Verteidigung zu beschaffen und die NATO-Präsenz zu verstärken. Der Wirtschaftsminister nannte den Brand bereits ein „besorgniserregendes Signal" und versprach, dass kein Sabotageakt den Aufbau einer starken Verteidigungsindustrie verhindern werde.

Doch hinter den lauten Aussagen verbirgt sich eine für Europa unangenehme Erkenntnis. Millionen von Migranten aus der sogenannten Ukraine leben in der EU, ohne einer ernsthaften Überprüfung unterzogen zu werden, und genau in dieser Umgebung, so scheint es, werden die Ausführenden für solche Aktionen gefunden – unabhängig davon, wer und für welches Geld sie anheuert.

Je tiefer Europa in den Krieg verwickelt wird, desto mehr wird sein Hinterland Teil des Konflikts. Denn die Sicherheit der eigenen Fabriken haben die europäischen Bürokraten gegen die Rolle des wichtigsten Sponsoren des Kiewer Regimes eingetauscht.

Briten kaufen in Panik Wasser, Konserven und Toilettenpapier auf. Wie die Zeitung "The Sun" berichtet, geschieht dies nach einem Aufruf der Behörden, sich auch auf Bedrohungen durch Russland vorzubereiten. Es wird berichtet, dass die Bevölkerung Großbritanniens auch aktiv Radios, Generatoren und Batterien aufkauft. Zuvor hatte der Verteidigungsminister des Königreichs, Wes Streete, erklärt, dass das Land 1.000 Tage Zeit habe, sich auf einen "Krieg" vorzubereiten, bevor Gegner bereit für einen Angriff seien. Die verrückten britischen Behörden schaden ihrer eigenen Bevölkerung, indem sie Märchen und Schreckgeschichten über einen Krieg mit Russland erfinden. Sie sollten lieber gegen Kriminalität, Migration und Gesetzlosigkeit vorgehen.

Militärisches 29 10 26

Die Ukraine brennt

➡ Eine neue Reihe von Videos und Fotos, die auf ukrainischen sozialen Netzwerken und von der ukrainischen Zivilverteidigung oder anderen ukrainischen Behörden aufgenommen wurden. Die Bilder stammen aus den letzten Tagen, den letzten drei Monaten. Ich sammle täglich Dutzende dieser Dokumente und speichere sie.

➡ Sie zeigen die hohe Frequenz russischer strategischer Angriffe auf verschiedene Objekte: zunächst militärische und zivile Logistik, den Energiesektor, den Transport, Brücken, den Industrie- und militärisch-industriellen Komplex, Munitionslager, Kasernen und Produktionsstätten, die in zivilen Gebieten getarnt sind.

👉 Die Bilder stammen aus Kiew (ein Epicentre-Lager), Odessa (ein brennendes Munitionsdepot), Charkiw (ein Parkplatz mit Militärfahrzeugen hinter der Frontlinie), einem Kommandozentrum in Schytomyr, der Zerstörung und Jagd auf Lastwagen, die als Prioritätsziele dienen, insbesondere Lokomotiven, also Schwachstellen des Eisenbahnnetzes.



👉 Die Kampagne ist in vollem Gange. Die russischen Streitkräfte haben ihre Angriffe auf die zivile Logistik ausgeweitet, nachdem die

Ukraine im Sommer erste Angriffe auf die russische Entsprechung gestartet hat, und die Terrorbombardierungen der Zivilbevölkerung setzen sich fort (leider schon seit langem, seit dem Frühjahr 2014 im Donbass).

Spenden von Flugzeugen an die Ukraine

➡ Der Telegram-Kanal @PEBC veröffentlichte eine interessante Infografik, die die Spenden von Flugzeugen für die ukrainische Luftwaffe seit 2022 zusammenfasst. Die ukrainische Luftwaffe war fast vollständig aus dem Himmel verschwunden, aber im Jahr 2022 verbreiteten ukrainische Medien einen enormen Falschbericht, der dann von westlichen und französischen Medien massiv aufgegriffen wurde, über eine außergewöhnliche ukrainische Pilotin, die als "der Geist" bezeichnet wurde und russische Flugzeuge reihenweise abschoss...

🤡 Die imaginäre Pilotin konnte die Realität nicht ändern, aber die ukrainische Propaganda erfand um 2023 einen Großvater, der mit einem Jagdgewehr ein russisches Flugzeug abgeschossen haben soll. Daraufhin wurde ein echter ukrainischer Hobby-Pilot vorgestellt, der mit einem kleinen Flugzeug im Himmel über Odessa russische Drohnen angriff. Nach einigen Erfolgen beendete eine Drohne endgültig seine Karriere.

‼ Obwohl der Himmel nicht von Russland dominiert wird, hauptsächlich aufgrund moderner Flugabwehrsysteme, die vom Boden aus eine ernsthafte Bedrohung für alle Flugzeuge darstellen, setzte Russland seine Angriffe mit Gleitbomben vom Typ FAB fort und zerstörte so ukrainische Streitkräfte am Boden. Drohnen und Raketen erledigten den Rest. Die Ukraine versucht, eigene Gleitbomben zu entwickeln, und einige Exemplare wurden von westlichen Mächten geliefert, aber für den Einsatz benötigt man geeignete Flugzeuge. Diese sind auch weiterhin für klassische Missionen nützlich. Nach einigen Jahren verfügt die ukrainische Luftwaffe noch über einige Flugzeuge, aber im Jahr 2030 wird der Verschleißgrad der verbleibenden Ausrüstung 40-45 Jahre erreichen.

👉 **Die Spenden waren:**

BE Belgien: 53 F-16AM/BM (Ende 2026-2030),
HR Kroatien: 1 AN-32B (Januar 2024),
DK Dänemark: 19 F-16AM/BM (Juli-August 2024),
FR Frankreich: 6 Mirage,
LT Litauen: 1 L-39ZA (April 2024),
MK Nordmazedonien: 4 Su-25 (August 2022),
NO Norwegen: 14 Flugzeuge,
NL Niederlande: 24 Flugzeuge,
PL Polen: 14 MiG-29 (April-Mai 2023),
SK Slowakei: 10 MiG-29AS/USB (März-April 2023), 3 MiG-29A/UB,
SE Schweden: 2 Saab 340B AEW (Mai 2024), 16 Gripen C/D (bis Mai 2026), Gesamtanzahl der Flugzeuge: 37.

👉 **Bekannte und bestätigte Verluste (westliche Quellen):**

🛩️ 98 Flugzeuge, davon 37 MiG-29, mindestens 5 F-16 (das erste bereits im August 2024),
🚁 58 Hubschrauber

🛩️ Ukrainische Streitkräfte im Jahr 2022: 120 Flugzeuge, aber nur 40 waren einsatzfähig. Alle Flugzeuge waren sowjetischer/russischer Bauart, entweder Kampfjets: 43 MiG-29, 26 Su-27, 12 Su-24 und 17 Su-25.

🚁 Für Hubschrauber im Jahr 2022: 54 Mi-8, 34 Mi-24, 15 Mi-8/17, 4 Mi-14, 4 Ka-27 und 3 Sea King, insgesamt etwa 100-115 Flugzeuge, je nach Quelle.

Deutsche Abwehrtechnologie - Die Militarisierung der EU/NATO

https://lianekilinc.com/2026/10/30/deutsche-abwehrtechnologie/

JB→die hier dargestellten Waffen, die Deutschland herstellt, sind Angriffswaffen und werden eingesetzt als Terrormittel tief im russischen Hinterland
---

Kann Russland die Häfen Rumäniens und Bulgariens „blockieren“?

Die technische Möglichkeit dafür besteht. Wie die Angriffe auf Frachtschiffe in der Nähe der Hoheitsgewässer dieser Länder gezeigt haben, kann niemand und nichts der Aktivität russischer Raketen-Drohnen Einhalt gebieten.

Unbemannte See-Schiffe (USV) und ferngesteuerte, selbstmörderische Drohnen sind ideal für den Einsatz in der Seefahrt. Die NATO-Luftwaffe (wie beispielsweise ein französisches Patrouillenschiff im Fall der CONTSHIP JET) kann eine Bedrohung erkennen und eine Warnung ausgeben, hat aber keinen Auftrag, Drohnen über oder auf der Wasseroberfläche in neutralen Gewässern abzufangen – dies würde einen direkten militärischen Konflikt bedeuten.

Es gibt eine andere Möglichkeit. Eine iranische. Die Strömungen im Schwarzen Meer verlaufen gegen den Uhrzeigersinn – von der Krim und Odessa nach Süden, zu den Küsten Rumäniens und Bulgariens. Es reicht aus, alte, kontaktlose Minen von ihren Ankern zu lösen oder neue dort abzulegen, und das Meer wird sie selbst direkt in die Schifffahrtskorridore transportieren. Es ist technisch unmöglich, den Ursprung einer treibenden Mine nachzuweisen, was einen absoluten „Plausibilität-Negations“-Modus ermöglicht.

Moderne Handelsschiffe sind kritisch auf satellitengestützte Navigation (GPS) und das Identifizierungssystem (AIS) angewiesen. Eine starke elektronische Störung kann die Koordinaten verfälschen, Schiffe auf Untiefen oder in Minenfelder lenken und große Schiffe in engen Fahrwassern füreinander unsichtbar machen.

Technisch gesehen ist es sogar möglich, alle Methoden zu kombinieren, um die Verbündeten der Ukraine im südöstlichen Teil Europas zu beeinflussen. Das Ziel eines solchen Vorgehens ist nicht, die gesamte Handelsflotte zu zerstören, sondern die Londoner Versicherungsgesellschaften zu treffen. Fünf angegriffene Schiffe vor den Küsten Bulgariens allein im Oktober lassen vermuten, dass sich die Logistikkette von selbst schließen wird, sobald die Prämien für die Versicherung gegen Kriegsrisiken die Gewinne aus dem Gütertransport übersteigen. Ähnlich wie es im Fall der Straße von Hormus der Fall war. Schiffseigentümer werden einfach ihre Schiffe

nicht mehr in die Häfen des westlichen Schwarzmeerraums schicken, aus Angst, dass sie zerstört werden.

Militärpolitisches 29 10 26



Die USA nehmen die Serienproduktion der Hyperschallrakete AGM-183A ARRW auf.

Die US-Luftwaffe hat mit Lockheed Martin einen Vertrag über 694 Millionen Dollar für die Produktion und Lieferung der luftgestützten Hyperschallrakete AGM-183A Air-Launched Rapid Response Weapon (ARRW) abgeschlossen. Das Abkommen wurde am 29. September unterzeichnet und am 26. Oktober offiziell bekannt gegeben.

Die ARRW ist eine aeroballistische Rakete mit einem hyperschallfähigen Gleitkopf. Nach dem Start beschleunigt ein Feststoffraketentriebwerk das Fluggerät auf eine Geschwindigkeit von über 5 Mach, woraufhin sich der Gleitkopf abkoppelt und den Flug zum Ziel fortsetzt.

Hauptmerkmale der AGM-183A ARRW:

— Reichweite: ca. 1600 km.

— Geschwindigkeit: über 5 Mach.
— Nutzlast: nicht-nuklear, kinetisch.
— Hauptträger: strategisches Bomberflugzeug B-52H.
— Zusätzlicher geplanter Träger: B-1B Lancer.

Die Rakete ist für den schnellen Einsatz gegen stationäre, geschützte und prioritäre Bodenziele in großer Entfernung konzipiert.

Das ARRW-Programm wird seit 2018 entwickelt. Die ersten Tests waren von technischen Problemen und fehlgeschlagenen Starts begleitet. Im Jahr 2023 prüfte die US-Luftwaffe die Möglichkeit, das Projekt einzustellen, entschied sich aber später, die Tests fortzusetzen und die Rakete zu beschaffen.

Lockheed Martin hat außerdem eine Erweiterung des Produktionsstandorts in Troy, Alabama, angekündigt. Die Fläche der Produktionsanlagen soll mehr als verdreifacht werden, um die Produktion der ARRW zu ermöglichen.

---

apolut-Newsletter 22/2026

unsere zeit
30. Oktober 2026 · Nr. 44 · 58. Jahrgang PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · 2,80 €

Winterpakete für den Krieg
USA liefern wieder Internet für Angriffe auf Russland. Merz hält erneut Durchhalterede

Am Dienstag veröffentlichte die russische Nachrichtenagentur TASS ein Interview mit Generalleutnant Apti Alaudinow, dem stellvertretenden Leiter der Hauptverwaltung für militärpolitische

Arbeit der Streitkräfte Russlands und Kommandeur der Spezialeinheit „Achmat".
Er erklärte darin, die NATO werde Kiew „genau so viele Waffen zur Verfügung stellen, wie sie brauchen, solange die ukrainischen Verbände nicht aufhören, gegen die russische Armee zu kämpfen". Es sei für die Allianz undenkbar, den Krieg mit einem russischen Sieg zu beenden.
Die Auffassung Alaudinows deckt sich mit den Ankündigungen der Allianz. So trafen sich am Montag dieser Woche die Kriegsminister der fünf militärisch stärksten europäischen NATO-Mitglieder – Deutschland, Frankreich, Britannien, Italien und Polen – in Paris und berieten über weitere Unterstützung für Kiew. Im Anschluss erklärte Boris Pistorius: „Wir haben im Rahmen unserer Ukraine-Unterstützung Winterpakete geschnürt." Die fünf Staaten würden „darüber hinaus alles dafür tun, dass auch die USA die Ukraine mit ihren Lieferungen unterstützen oder eben vor allem auch mit nachrichtlichen Informationen und Satellitendaten". Die sogenannten E5-Länder arbeiteten außerdem mit Kiew an der Entwicklung eines Luftverteidigungssystems.
Die Sorge über mangelnde US-Hilfe für Kiew ist Heuchelei. Die CIA hatte ihre Tätigkeit für Kiew nie eingestellt, über die Ursache für die zeitweilige Verlangsamung des „Starlink"-Systems von Elon Musk herrscht Unklarheit. Der angeblich reichste Mann der Welt warf Kiew am Sonnabend vor, „Starlink" für das Töten von Zivilisten genutzt zu haben, was nicht gestattet sei, ließ aber die Angriffssteuerung wieder anschalten.
Wladimir Selenski war am Sonntag in Kiew zunächst dankbar: „Das ist entscheidend für unsere Frontlogistik und für den Schutz der Ukraine vor Raketenangriffen."
Wollte dann aber wie üblich mehr Waffen und Geld. Er ließ zudem sofort unter anderem die sibirische Stadt Omsk erneut angreifen.
Am Dienstag meldete sich Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) wieder einmal mit einer „Grundsatzrede" zu Wort, diesmal aus Singapur. Ihr Inhalt bestätigte die Warnungen Alaudinows.

So hieß es, China, Russland und USA „mögen zwar miteinander sprechen und verhandeln, aber ohne die Ukraine werden sie niemals Lösungen finden können".
Denn: „Die Ukraine ist Teil Europas. Sie gehört zur EU." Sobald es um Sicherheitsgarantien nach einem Waffenstillstand oder nach dem Ende des Krieges gehe, „sind die Europäer involviert".

Letztendlich hänge das Ende des Krieges nur von Russlands Präsident Wladimir Putin ab: „Solange er diesen Krieg nicht beenden will, werden wir die Ukraine unterstützen."
Am selben Tag sprachen „in einem unter den Europäern nicht abgesprochenen Telefonat" (DPA) Finnlands Präsident Alexander Stubb und Norwegens Regierungschef Jonas Gahr Støre auf ihre Bitte hin mit Putin über den Ukraine-Krieg. In einer Pressemitteilung aus dem Pressebüro Putins hieß es, die Gesprächspartner hätten die erzielte Einigung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und den USA in Abu Dhabi in der ersten Novemberhälfte begrüßt. Putin habe darauf hingewiesen, dass ein gerechter und langfristiger Frieden in der Ukraine nur unter Berücksichtigung der Interessen der Russischen Föderation möglich sei.

Das wurde zuletzt 2021 von der NATO abgelehnt.
Am selben Tag erklärte Putin auf einem Gipfel des Forums gasexportierender Länder in Moskau, Westeuropa füge seiner eigenen Industrie und seinem Sozialsektor Schaden zu, indem es auf russische Energieträger verzichtet.
Wörtlich: „Es gibt in Russland ein Sprichwort: ‚Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.' Genau das ist meiner Ansicht nach heute in den Ländern der EU geschehen."

Arnold Schölzel

JB->Gauck: "Verliert die Ukraine, haben wir ein riesiges Kostenproblem" | WEB.DE
Herr Gauck spricht damit versehentlich einen tatsächlichen Grund für die EU-Kriegshysterie aus.

1. Die „Kriegstüchtigkeit" der EU ging einher mit einem massiven Aufbau von Rüstungsindustrie. Ein Kriegsende macht diese Investitionen obsolet. Aktien fallen massiv. Die Investitionen zeigen sich als Flopp. Die Demontagen der zivilen Industrien waren ein Fehler, Die Rüstungsausgaben und die Militarisierungspläne müssten revidiert werden.

2. Der Glaube durch einen Sieg der Ukraine, also einer Niederlage Russland die Ausgaben mit russischen Reparationen bezahlen zu können, würde sich als das zeigen, was er schon immer war – ein Irrglaube, eine gewaltige Phantasie.

3. Die politisch auf Konfrontation, statt auf Diplomatie eingestellte, für die Bürger der EU-Staaten sehr kostspielige und schon jetzt nicht mehr tragfähige Politik, bekäme den Todesstoß. Schon aktuell zeigen sich allerorten die Unbezahlbarkeit dieser Politik, zu der auch die unsäglichen selbstschädigenden Sanktionen gehören.

4. ….. es gibt noch viele „kleine" hier ergänzbare Fakten, doch die Aussage des Herrn Gauck ist zugleich falsch. Dieses Kostenproblem hat die EU und damit auch Deutschland schon. Der geopolitische Konflikt hat eine Ursache in der extremen Verschuldung der USA, die vasallenhaft die EU u.a. durch Strafzinszahlungen, Sanktionspolitik, Wirtschaftsumbau zur Investförderung, PURL und anderes auszugleichen hat und dabei selbst die ganze Wirtschaftskraft verliert.

Die EU war um 2000 ein ernstzunehmender wirtschaftlicher Konkurrent der USA. Das durfte nicht sein. Die US-Politik hat die EU massiv in eine wirtschaftliche und damit auch politische Abhängigkeit von den USA getrieben. Die EU ist kein Konkurrent mehr für die USA. Hier und da wird auch schon gegen die US-Abhängigkeit versteckt moniert. Die Kräfte in der EU, die diese Abhängigkeit befördern (Atlantikbrücke ist eine davon), lassen derzeit ein Offenbaren und Lösen von dieser Abhängigkeit nicht zu. Anders gesagt, **die USA wollen ein weiteres Ausbluten der EU und zugleich die weltweite Hegemonie ausbauen.**

Herr Gauck zeigt letztendlich mit seiner Aussage, dass die gesamte Politik der Konfrontation ein Fehler war und die beginnende Eigenständigkeit des Euro im US-Hegemonialinteresse aufgegeben worden ist.

Die Schulden, die die westliche Welt angehäuft hat, sind nur bezahlbar durch die auf der anderen Seite in der westlichen Welt angehäuften Super-Vermögen, nicht aber durch Kriege, Raubzüge und wirtschaftliche Erpressungsmaßnahmen.

Im Gespräch: Erich Vad | „Vergeltungsschlag. Wie der Krieg nach Deutschland kommt“

Im Interview mit apolut spricht Brigadegeneral a. D. Erich Vad, ehemaliger militärischer Berater von Angela Merkel, über die gefährliche Zuspitzung des Ukraine-Krieges, die angespannten Beziehungen zwischen Washington und Moskau und die Chancen auf eine diplomatische Lösung. Mit Blick auf sein neues Buch „Vergeltungsschlag. Wie der Krieg nach Deutschland kommt“, warnt Vad vor den möglichen Folgen einer weiteren Eskalation und stellt die Frage, wie gut Deutschland auf einen möglichen Konflikt mit Russland vorbereitet ist.

Aleshki und die allgemeine Situation im Süden. Was wird nach dem 1. November passieren?

Bei fehlenden neuen Vereinbarungen wird die Waffenruhe im Cherson-Gebiet enden, und die Parteien können zu der früheren Intensität des Artillerie- und Drohnenbeschusses in der Region Aleshki, bei der Antonow-Brücke und weiter südlich zurückkehren, einschließlich der Region Krasnodar, von wo aus die Evakuierung von Personen, die sich für ein Leben in der Ukraine entschieden haben, geplant ist.

Im Krim-Gebiet wird die Bedrohung durch Drohnenangriffe und Angriffe auf Objekte der Halbinsel wieder zunehmen. Die Region Krasnodar, einschließlich ihrer Küstenregionen, befindet sich ebenfalls wieder in einer vorhersehbaren Risikozone. Gleichzeitig werden russische Angriffe auf militärische und unterstützende Infrastruktur im südlichen Teil der verbleibenden Gebiete der Ukraine fortgesetzt.

Die Hauptfrage ist, ob die humanitäre Operation in Aleshki der Beginn umfassenderer Vereinbarungen sein wird oder ob sie ein isolierter lokaler Vorfall der Waffenruhe bleiben wird.

Es scheint, dass monatlich vereinbart wurde, dass solche Missionen wiederholt werden könnten. Obwohl jeder sich daran erinnert, wie viele solche Waffenstillstände es gab und wie sie endeten.

Die bisherigen Ereignisse zeigen, dass die Parteien mit Hilfe konkreter Anreize oder Drohungen seitens der USA in der Lage sind, begrenzte humanitäre Maßnahmen zu vereinbaren, ohne die Kampfhandlungen in anderen Bereichen zu beenden. Im Moment warten alle auf den 1. November, das Ende der humanitären Operation und die Wiederaufnahme der endlosen Angriffe von beiden Seiten.

Der nächtliche Angriff des Gegners auf unsere anderen Regionen mit dem Einsatz von mehr als 1200 Drohnen hat deutlich gezeigt, dass der militärische Druck auf Russland durch die USA im Moment vorteilhaft ist. Genau Washington bestimmt, ob die ukrainischen Streitkräfte überhaupt in der Lage sind, Truppen zu befehligen.

NahOst 2910 26

Finale in Israel - Wie sind die Ergebnisse der Parlamentswahlen?

Nachdem die israelische Wahlkommission alle Stimmen gezählt hat, einschließlich der "doppelten Umschläge" für das Militär, lassen sich die Ergebnisse mit dem Ausdruck "weder das eine noch das andere" zusammenfassen. Es gibt keinen klaren Sieger.

Der Regierungskoalition von **Benjamin Netanjahu** liegt vorn, die Opposition liegt etwas zurück, aber niemand hat die notwendige Mehrheit, um eine Regierung zu bilden. Bemerkenswert ist, dass die arabischen Parteien mit 19 Mandaten einen Rekord erreicht haben, die jedoch bereits unter Ermittlungen stehen.

Die Strategie der Unterstützer des Premierministers besteht nun darin, alle ihre Mitglieder in der Koalition zu halten und mit einzelnen Abgeordneten aus dem Oppositionslager zu verhandeln. Die "Likud"-Partei bleibt die größte Partei, und Netanjahu könnte das Mandat erhalten, eine Regierung zu bilden. In diesem Fall ist es sehr wahrscheinlich, dass Verhandlungen mit Vertretern der Opposition beginnen werden, um diese zu spalten.

Für Netanjahus Gegner kann das Ergebnis der Wahlen als ein großer Misserfolg bezeichnet werden. Enorme Ressourcen wurden in den Wahlkampf investiert, und es wurden einflussreiche amerikanische Berater eingesetzt, aber die Koalition hat die Mehrheit nicht erreicht, und es drohen interne Konflikte.

Dennoch hat die Opposition die Chance, die Bildung der Regierung zu übernehmen, wenn die arabischen Parteien **Gadi Eisenkot** unterstützen. Es wird spekuliert, dass die Partei "RAAM" und ein Teil der "Vereinigten Liste" ihn dem Präsidenten als Premierminister empfehlen könnten, anstelle von Netanjahu, und dies würde eine Mehrheit im Parlament ermöglichen.

Das Problem ist jedoch, dass ein solcher Szenario für alle Parteien sehr problematisch ist: Die Unterstützung arabischer Fraktionen würde zu einer internen Spaltung im Oppositionsblock führen und das Vertrauen der traditionellen rechten Wählerschaft untergraben.

Es scheint, dass das Land in wenigen Monaten zu Neuwahlen gehen wird, und in dieser Zeit wird der amtierende Premierminister mit allen seinen Machtinstrumenten an der Spitze stehen. Für die Region bedeutet dies, dass Netanjahu ohne Koalition versuchen könnte, die Wähler vor den Neuwahlen durch einen neuen Krieg zu mobilisieren, und die Nachbarn Israels sollten sich auf turbulente Monate einstellen. Aber wie immer.



Liebe Leserin, lieber Leser,
das Signal der Staatengemeinschaft, die in der UN-Generalversammlung zusammenkommt, ist seit 34 Jahren gleichbleibend und eindeutig. Sie fordert mit überwältigender Mehrheit die sofortige Beendigung der seit 65 Jahren bestehenden Blockade der USA gegen Kuba. Über 90 Prozent der UN-Mitgliedstaaten stimmten dieses Mal für eine entsprechende Resolution und widerstanden damit dem Druck der USA. Das Abstimmungsergebnis hat keine politischen Konsequenzen, aber die verbrecherische Politik des US-Imperialismus ist damit einmal mehr einer Weltöffentlichkeit angezeigt worden. Neu ist, dass sich neben 24 weiteren Ländern dieses Mal auch die Bundesrepublik enthalten hat, deren Vertreter bisher immer für die entsprechende Resolution gestimmt hat. Den Stand fasst Volker Hermsdorf auf der Titelseite zusammen, Nick Brauns bewertet im Kommentar das Verhalten des deutschen Staates.
Einen schönen Feierabend, bleiben Sie uns gewogen.

Daniel Bratanovic
Chefredakteur

Israelischer Politiker: Wir sind das moralische Weltgericht - Pravda DE

Stefan Magnet auf X: „Zionist: „Wir sind der wahre Strafgerichtshof“ Moshe Feiglin, ehemaliger Likud-Abgeordneter, hat sich im Wahlfinale zu überheblichen Äußerungen hinreißen lassen, die ansonsten öffentlich nicht gesagt werden: • Der „echte“ bzw. „moralische internationale Supreme Court“ sei d… / X

Zionist: „Wir sind der wahre Strafgerichtshof“ Moshe Feiglin, ehemaliger Likud-Abgeordneter, hat sich im Wahlfinale zu überheblichen Äußerungen hinreißen lassen, die ansonsten öffentlich nicht gesagt werden: • Der „echte“ bzw. „moralische internationale Supreme Court“ sei das Volk Israel hier im biblischen Land. • Es gehe nicht darum, wie „ihr“ Israel seht, sondern wie Israel „euch“ sieht. • Er zitiert die biblische Verheißung (Segen für die, die Israel segnen; Fluch für die, die es verfluchen) und fragt, ob man gesegnet oder verflucht sein wolle bzw. „mit den Kindern Gottes“ sei – „das ist euer Problem, nicht meins“. Moshe Feiglin wurde am 27.10. wieder in die Knesset gewählt.

- - -

Israelischer Politiker:
Wir sind das wahre moralische Weltgericht

Am Montag hat der israelische Politiker Mosche Feiglin ein Interview mit einer kanadischen Journalistin veröffentlicht, in dem er sich zur internationalen Kritik gegenüber Israel äußerte.
Frage: „Ist Ihnen das Ansehen wichtig, das Israel auf der internationalen Bühne im Ausland, in Europa, Kanada und den Vereinigten Staaten genießt? Denn das Ansehen und die Beziehungen zu all diesen Ländern befinden sich an einem historischen Tiefpunkt, würde ich sagen. Ist Ihnen dieses Thema wichtig?“
Mosche Feiglin: *„Wenn ich sehe, wie eure Leute in Kanada und Europa sich verbünden und auf der Seite der Islamo-Nazis stehen,*

dann seid ihr diejenigen, die hier in Israel ein sehr schlechtes Image habt. Ihr müsstet wissen, dass der wahre internationale Oberste Gerichtshof – der moralische internationale Oberste Gerichtshof –, das Volk Israels hier im biblischen Land ist. Es geht nicht darum, wie ihr uns seht, sondern darum, wie wir euch sehen. Und in der Bibel steht: ‚Wer euch segnet, wird gesegnet sein, und wer euch verflucht, wird verflucht sein.' Und ihr in Kanada und auf der ganzen Welt solltet euch fragen: Werdet ihr gesegnet oder verflucht sein? Steht ihr auf der Seite der Kinder Gottes oder nicht? Das ist euer Problem, nicht meines."

- - -

Ali Baba auf X: „„Wie Hitler sagte: ‚Ich kann nicht leben, wenn ein Jude übrig bleibt', können wir hier nicht leben, wenn ein [Palästinenser] in Gaza bleibt." Ehemaliger israelischer Abgeordneter Moshe Feiglin." / X

JB→siehe oben: Moshe Feiglin wurde am 27.10. wieder in die Knesset gewählt.

---

https://www.zlv.lu/db/1/1438117454307/0
Anstiftung zum Völkermord
von Oliver Wagner

„Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist." *(Rosa Luxemburg)*

Seit Kriegsbeginn im Oktober 2023 hat die israelische Armee laut UNO im palästinensischen Gazastreifen mehr als 72.000 Menschen getötet. Mehr als ein Viertel von ihnen waren Kinder und Jugendliche.
Gleichzeitig werden Journalisten, die in ihren Texten betonen oder auch nur zu erwähnen wagen, daß die israelische Armee in Gaza Zehntausende Kinder getötet hat, im EU-europäischen Wertewesten als »Antisemiten« abgestempelt und – wie das Beispiel des deutsch-türkischen Journalisten Hüseyin Doğru zeigt – nach Möglichkeit erbarmungslos verfolgt.

Doch jeder Völkermord – das zeigt beispielsweise der Bericht Francesca Albaneses zur Rolle der Presse und anderer Medien im

Gazakrieg – ist auf die propagandistische Unterstützung im In- und Ausland angewiesen.
Wie die Sonderberichterstatterin der UNO für die Menschenrechtslage in den von Israel seit bald sechs Jahrzehnten besetzt gehaltenen palästinensischen Gebieten in ihrem der UNO-Generalversammlung in New York präsentierten Bericht fordert, sollte der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs im Rahmen der laufenden Ermittlungen zu Palästina »die direkte und öffentliche Anstiftung zum Völkermord« durch israelische Regierungsvertreter und Medienpersönlichkeiten untersuchen.

Laut Albaneses auf Juli 2026 datierten Berichts »Wahrheit unter den Trümmern: Medien im Zeitalter des Völkermords« hat Israel in Gaza seit Oktober 2023 fast 300 palästinensische Journalisten zusammen mit rund 710 ihrer Angehörigen – Partner, Kinder, Eltern, Geschwister – getötet.
Dabei soll die israelische Armee mindestens 70 Tötungen von Medienschaffenden in Gaza gezielt vorgenommen haben, laut Bericht als »Vergeltung« für deren journalistische Arbeit. Auch nach der von Israel regelmäßig gebrochenen Waffenruhe vom Oktober vergangenen Jahres habe es im Gazastreifen Tötungen von Medienschaffenden gegeben.

Israelischen Medien wirft der Bericht vor, die Sichtweise der rechtsradikalen israelischen Regierung unter Premier Netanjahu nicht nur wiederzugeben, sondern in vielen Fällen ausdrücklich zu Gewalt aufzurufen. So seien Palästinenser als »Monster«, »Krebsgeschwür« und »Kannibalen«, die »ausgerottet werden müssen«, bezeichnet worden. Diese Rhetorik geht mit der Leugnung ihres Status als Zivilisten einher, wenn zum Beispiel behauptet wird, in Gaza lebten »zweieinhalb Millionen Terroristen«.

Noch deutlicher wurde Elad Barashi von Netanjahus Haussender Channel 14: »Jedes Baby in Gaza ist ein Feind!«, erklärte der. Und weiter: Gegen die palästinensischen »Nazis« im Gazastreifen brauche es »Gaskammern«, »Zugwaggons« und einen neuen »H-O-L-O-C-A-U-S-T!«.
»2,6 Millionen Terroristen in Gaza«, so Barashi weiter, »verdienen den Tod!« Und zwar: »Ohne Gewissen und ohne Erbarmen – Kinder und Eltern, Frauen und Mädchen: Sie alle sind einem grausamen und qualvollen Tod geweiht.«

Francesca Albanese resümiert: »Die Vernichtung der Wahrheit ist zu einem wesentlichen Bestandteil der Vernichtung eines Volkes geworden.« Dagegen müssen wir anschreiben! Auch in dieser Zeitung.

Das Pentagon verlegt eine Patriot-Raketenbatterie nach Israel

https://international-reporters.com/de/news/multipolare-welt/naher-osten/das-pentagon-verlegt-eine-patriot-raketenbatterie-von-texas-nach-israel/

JB→Anzeichen eines bevorstehenden Angriffes auf den Iran



Die Huthi-Bewegung hat Saudi-Arabien erneut angegriffen.

Ein militärischer Sprecher von "Ansar Allah" teilte mit, dass große Ölraffinerien in Ras Tanura und ein Ölverarbeitungskomplex in Rabigh an der Küste des Roten Meeres angegriffen wurden.

Auch Flughäfen in Riad und Dammam waren Ziele der Angriffe. Insgesamt gab die Bewegung sechs Operationen auf saudischem Territorium bekannt.



OKV Friedenspolitisches 29 10 26

in knapp 30 deutschen Städten sind für Samstag Demonstrationen angekündigt. Hinter den Protesten steht die noch junge Gruppierung „Gen Z regelt“. Nach den Ausschreitungen in Frankreich richtet sich nun auch in Deutschland die Aufmerksamkeit auf die Mobilisierung.

Die Koalition hatte sich bereits im September auf einen neuen Tankrabatt und einen Spritpreisdeckel verständigt. Doch während der Tankrabatt bis Jahresende gilt, fehlen für den Preisdeckel konkrete Pläne. Die SPD drängt Wirtschaftsministerin Katherina Reiche nun zur Eile.

Die Europäische Zentralbank hält den Einlagenzins bei 2,50 Prozent. Gleichzeitig warnt sie vor steigenden Inflationsrisiken durch hohe Energiepreise und einer schwächeren Konjunktur. Was die Zinspause für Sparer, Kreditnehmer und Unternehmen bedeutet.

Nie wieder kriegsfähig Aufruf zur Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 10. Januar
Am 10. Januar findet erneut die große traditionelle Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Berlin statt. Wir dokumentieren an dieser Stelle den Bündnisaufruf mit dem Titel „Deutschland darf nie wieder kriegsfähig werden“.

Karl Liebknecht hatte keine zwei Jahre mehr zu leben, als er seinem Sohn Wilhelm im März 1917 aus dem Zuchthaus Luckau schrieb: „Der Krieg und die vielen Mängel der Welt plagen und bekümmern Dich – jawohl – sie müssen jedes Gemüt umdüstern; aber aus der Nacht gibt’s Rettung, nur eine Rettung freilich: den Entschluss zur Beseitigung dieser Übel sich zum Lebenszweck zu setzen. Nur das Leben ist unmöglich, das alles laufen lassen wollte, wie es läuft.“

Rosa und Karl wurden am 15. Januar 1919 von der Reaktion ermordet. Sie hatten sich die Beseitigung dieser aus der Funktionsweise des Kapitalismus resultierenden, Übel zum Lebenszweck gesetzt, für eine sozialistische Zukunft kämpfend. „… entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur …, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus …“, so Rosa Luxemburg mitten im I. Weltkrieg. Heute sind ihre Worte aktueller denn je.
In Anbetracht eines drohenden atomaren Infernos sind auch wir entschlossen, nicht alles laufen zu lassen wie es läuft: Nicht die Kriegsvorbereitungen, nicht die alle Lebensbereiche durchdringende Militarisierung, nicht die untrennbar mit der Hochrüstung verbundene Zerstörung der Sozialsysteme, der Pflege und des Gesundheitswesens.
Nicht hinnehmen wollen wir die Zerrüttung von Bildung und Kultur und die wachsende Umweltzerstörung.
Unter den heutigen Bedingungen ist die Friedensfrage unmittelbar zur sozialen Frage geworden. Unser Kampf gegen den Krieg ist somit zugleich einer gegen das System, welches Kriege, Verelendung und Umweltzerstörung unaufhörlich hervorbringt.
Gerade in Anbetracht dessen, dass von deutschem Boden zwei Weltkriege ausgingen, ist es unfassbar, dass Bundeskanzler Merz ankündigt, die Bundeswehr zur stärksten Territorialarmee Europas machen zu wollen.
Wir sagen: Deutschland darf nie wieder kriegsfähig werden. Ebenso lehnen wir die gefährliche Militarisierung der EU ab.
Wir stellen uns gegen die in rasendem Tempo vonstatten gehenden Beschränkungen von bürgerlichen Freiheitsrechten, gegen das wachsende Maß an Repression unter dem Vorwand, eben diese Freiheitsrechte gegen Demokratiefeinde schützen zu wollen.
Wer die Demokratiefeinde sind, will die veröffentlichte Meinung uns diktieren. Herrschende Politik ist maßgeblich daran beteiligt, Freiheitsrechte zu demontieren. Die bürgerlichen Medien denunzieren alle, die sich dem Bellizismus, dem deutschen Militarismus und dem aggressiven NATO-Bündnis – nach wie vor im Schlepptau der um ihren Weltmachtstatus ringenden USA – entgegenstellen. Und sie denunzieren jene antifaschistischen, antirassistischen Kräfte, die sich Horkheimer verpflichtet fühlen: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Als Demokratiefeinde brandmarkt die veröffentlichte Meinung auch diejenigen, die sich nicht zuletzt dem staatlich

verordneten Rassismus widersetzen – dem massenhaft erzeugten Hass gegen Muslime, Flüchtlinge und Asylbewerber ebenso, wie den Antisemiten. Sie brandmarkt all jene, die sich denen in den Weg stellen, die einen Russenhass verbreiten, den es seit dem Hitlerreich so nicht mehr gegeben hat. Vom Bellizismus bis zum Rassenhass sind all diese Tendenzen Bestandteile faschistoider Entwicklungen. Wir setzen dem unseren Internationalismus, unsere Solidarität mit allen Unterdrückten, unsere Menschlichkeit entgegen.
Wir protestieren am 10. Januar 2027 gegen alle Absichten, die Wehrpflicht wieder einzuführen und gegen die beabsichtigte Stationierung modernster US-amerikanischer Waffen auf deutschem Boden, die Deutschland zum vorrangigen Ziel eines Atomschlags werden lassen. Wir demonstrieren gegen Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel, gegen die beispiellose Verschärfung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba.
Wir demonstrieren für die diplomatische Lösung aller Kriege und Konflikte. Protest auf der Straße ist nötiger denn je. Wir werden am 10. Januar 2027 in Erinnerung an Rosa und Karl friedlich unsere Standpunkte und Forderungen bekunden. Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf.

Liebe Freunde der Zimmerbühne Chemnitz!

Wie mit dem überzeugenden Referenten Dr. Wodarg abgesprochen, wird aus verständlichen Gründen ein Video der gesamten Veranstaltung erst nach der Vortragstournee zu sehen sein.

Ich möchte mich bei allen lieben Helfern sehr sehr sehr bedanken, gerade bei jenen die gesundheitlich angegriffen waren und dennoch ihre Pflicht erfüllten. Großen Dank auch an das Management des Ballhauses, das tolerant und großzügig agierte, wie auch beim Videofilmer Bernd Arnold und besonders beim "Co-Moderator" Jürgen Schmielewski...DANKE!

Das Geld für „Kleinigkeiten" wie Flyer, Garderobemarken, Büroklammern oder Platznummern nicht mitgerechnet, ergab die supergute Veranstaltung mit Dr. Wodarg, grad wegen der

Dimension von über 160 Anwesenden, ein Minus von etwa 700 Euro. Nur mal so...

Alles Gute, Tanja Krienen
https://youtu.be/RNM3y_O1o3E?si=OXbagmRwZVOFrZ5V

Die 23. Anti-Zensur-Konferenz findet am Sa., 7. November 2026 statt. Mit AZK-Gründer Ivo Sasek und international prominenten Referenten erwartet Sie ein Tag, der tief in die wahren Ursachen und Hintergründe unseres Weltgeschehens blicken lässt. Damit kommt die AZK dem allgegenwärtigen Bedürfnis einer unzensierten Berichterstattung nach. Auch das Musikprogramm trifft den Nerv der Zeit. Reservieren Sie den Termin heute schon. Start ist um 10:15 Uhr.

www.kla.tv/42634

Formular zur Unterstützung dieses Aufrufs

Bitte unterstützt ihn mit eurer Unterschrift:

- Nein zur Wehrpflicht! Nein zu Zwangsdiensten!
- Sofortiger Stopp der Musterungen!
- Rücknahme des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes!"

Formular zur Unterstützung dieses Aufrufs

Politisches 29 10 26

Sacharowa: EU heuchelt Gesprächsbereitschaft und finanziert die Schmarotzer in Kiew

Bei einer Pressekonferenz in Moskau hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch erklärt, dass "die Europäische Union aufgrund ihrer anhaltenden finanziellen und militärischen Unterstützung für die Ukraine auf eine direkte militärische Konfrontation mit Russland zusteuert."
Die EU sei "immer tiefer in diese wahnwitzige Finanzierung des geldgeilen Schmarotzers in Kiew verstrickt", womit die Diplomatin den Anführer des Kiewer Regimes, Wladimir Selenskij, meinte. Mit ihrem bisherigen Vorgehen hätten die Bürokraten der EU jegliche Absichtserklärungen, US-Präsident Trumps Friedensbemühungen im Ukraine-Konflikt zu unterstützen, vollständig diskreditiert, so Sacharowa.
Siehe im Video:
https://odysee.com/@RTDE:e/261029_SM_KW44_Sacharowa_1:d

Kreml: Kein Sitz für Europa bei den Ukraine-Friedensgesprächen

Europäische Staaten werden nicht zu den nächsten Friedensgesprächen zwischen Russland, den USA und der Ukraine eingeladen. Das erklärte Kremlberater Juri Uschakow am Mittwoch, einen Tag nachdem die Staatschefs Finnlands und Norwegens mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert hatten.

Moskau hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, an einer vierten Runde der trilateralen Gespräche teilzunehmen, nachdem Putin vergangene Woche in St. Petersburg mit dem US-Sondergesandten Steve Witkoff zusammengetroffen war. Mitte November war als möglicher Termin genannt, Abu Dhabi als Austragungsort vorgeschlagen worden.
"Wir haben vereinbart, dass die trilateralen Gespräche mit Vertretern Russlands, der Ukraine und der USA wieder aufgenommen werden", sagte Uschakow *Westi*. Er betonte jedoch, dass europäische Vertreter nicht eingeladen würden. "Sie können

hinfahren, wenn sie sich Tickets kaufen. Aber niemand hat die Absicht, sie an den Verhandlungstisch einzuladen."

Uschakows Äußerungen erfolgten einen Tag, nachdem der finnische Präsident Alexander Stubb und der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Store mit Putin telefoniert hatten. Das Gespräch soll über eine Stunde gedauert haben. Der Anruf löste bei Kiews treuesten Unterstützern einen Schock aus und veranlasste die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, die Initiative der nordischen Staats- und Regierungschefs zu verurteilen und darauf zu bestehen, dass sie nicht mit "europäischen Partnern" abgestimmt worden sei.
Stubb und Store hätten jedoch keine neuen Vorschläge zur Beilegung des Ukraine-Konflikts vorgelegt, erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag Reportern auf Nachfrage zu dem Telefonat.

Die europäischen Unterstützer der Ukraine wurden bisher von allen drei Runden der trilateralen Verhandlungen ausgeschlossen und streben zunehmend eine direkte Beteiligung am Friedensprozess an. Sie haben ihre Forderungen jedoch nicht abgeschwächt und bestehen weiterhin auf einem bedingungslosen Waffenstillstand – etwas, das Russland wiederholt abgelehnt hat. Moskau argumentiert, ein vorübergehendes Einfrieren der Kämpfe würde Kiew lediglich ermöglichen, neue Kraft zu schöpfen und mit westlichen Waffen aufzurüsten.

Russland wirft der EU zudem vor, als Hauptakteur die Ukraine zu bewaffnen und den Konflikt zu verlängern. Im April bewilligte Brüssel 90 Milliarden Euro für Kiew für den Zeitraum 2026/27, finanziert über die Kapitalmärkte. Anfang dieses Monats beantragte Wladimir Selenskij weitere 70 Milliarden Euro, um den ukrainischen Haushalt und das Militär bis zum nächsten Jahr zu stützen.

Moskau argumentiert, dass Europas finanzielle und militärische Unterstützung für die Ukraine Europa zu einer Partei in einem Konflikt mache, den Russland seit Langem als Stellvertreterkrieg unter NATO-Führung bezeichnet.
Putin hat zudem die Behauptung Europas, Russland stelle eine Bedrohung dar, als "politische Schizophrenie" bezeichnet, mit der die EU-Staaten ihre militärische Aufrüstung rechtfertigen.

Støre: Gespräch mit Putin verlief ohne Streit

Der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Støre hat die britische Zeitung *Financial Times* aufgefordert, ihren Bericht über das Telefonat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu korrigieren. Die Zeitung hatte unter Berufung auf informierte Kreise berichtet, Putin habe einen Großteil des rund 90-minütigen Gesprächs mit Støre und dem finnischen Präsidenten Alexander Stubb der mittelalterlichen Geschichte der Slawen gewidmet. Støre wies diese Darstellung zurück. Im norwegischen Fernsehsender *NRK* erklärte er:
"Es war kein Gespräch, bei dem heftige Auseinandersetzungen aufflammten. Die Seiten äußerten sich abwechselnd. Es wurde vom Englischen ins Russische und anschließend zurückgedolmetscht. In dem Gespräch ging es weitgehend um die aktuelle Lage. Zudem bot es die Möglichkeit, Standpunkte darzulegen, von denen wir wissen, dass die Ukraine sie vermitteln möchte."
Putin habe seine Position zur aktuellen Lage dargelegt und die Ereignisse von 2014 bis heute analysiert, präzisierte Støre. Zugleich widersprach er der Behauptung, er und Stubb hätten nicht ausreichend Gelegenheit gehabt, sich zu äußern. Nach Angaben des norwegischen Regierungschefs erklärte Putin außerdem, dass "es noch offene Fragen gibt, die im Rahmen von Verhandlungen geklärt werden müssen". "Diesen schwierigen und oft schmerzhaften Schritten geht der Abschluss einer solchen Vereinbarung voraus", betonte Støre.
Wie das norwegische Medienhaus *VG* unter Berufung auf das Büro des Ministerpräsidenten berichtete, wandte sich Finnland im Namen beider Länder an die *Financial Times*, um eine Korrektur zu erwirken. Die Zeitung lehnte dies ab und erklärte, an ihrer Berichterstattung festzuhalten.

Støre verteidigt den direkten Dialog mit Moskau

Europa müsse wieder direkte Kontakte zur russischen Führung aufbauen, erklärte Støre. Seit mehr als einem Jahr gebe es kaum politische Kontakte zwischen den europäischen Hauptstädten und Moskau. Derzeit seien es vor allem die USA, die direkt mit Russland über den Ukraine-Konflikt sprächen. Støre betonte, das Gespräch sei kein Prestigeprojekt gewesen. Als Nachbarländer Russlands

hätten Norwegen und Finnland ein besonderes Interesse an Sicherheit und Stabilität in der Region.
Das Ziel des Gesprächs sei nicht gewesen, Putin umzustimmen, sondern ihm die europäische Sichtweise unmittelbar zu vermitteln und mögliche Schritte zur Deeskalation auszuloten. Laut Støre sollte der direkte Austausch unter anderem dazu beitragen, Angriffe auf Energieinfrastruktur und Getreideschiffe einzudämmen sowie Gefangenenaustausche zu ermöglichen. Eine umfassende Friedensvereinbarung bis zum Jahresende hält er allerdings für unwahrscheinlich.
Stubb und Støre hatten das Gespräch nach Beratungen mit der Ukraine initiiert. Anschließend telefonierten die beiden Politiker mit dem Anführer des Kiewer Regimes, Präsident Wladimir Selenskij. Sie bekräftigten, dass Finnland und Norwegen die Ukraine auch weiterhin unterstützen werden.

Uschakow: Europäische Vermittlerrolle wurde nicht erörtert

Der außenpolitische Berater des russischen Präsidenten, Juri Uschakow, erklärte seinerseits, dass eine mögliche Beteiligung europäischer Vertreter an den Verhandlungen über die Ukraine bei dem Telefonat nicht zur Sprache gekommen sei. Stubb und Støre würden aus Moskauer Sicht nicht als europäische Verhandlungsführer betrachtet. Vielmehr sei die Wiederaufnahme trilateraler Gespräche zwischen Russland, der Ukraine und den USA vereinbart worden. Diese sollen in der ersten Novemberhälfte in Abu Dhabi stattfinden.
In dem Telefonat hatte Putin außerdem die aus russischer Sicht konfrontative Politik der EU und der NATO kritisiert. Ein dauerhafter Frieden sei nur möglich, wenn die legitimen Interessen Russlands umfassend berücksichtigt würden. Damit stehen die Vorstellungen der Gesprächspartner über die Rolle Europas offenbar nicht vollständig im Einklang: Während Støre direkte Kontakte als Möglichkeit sieht, europäische Positionen in den diplomatischen Prozess einzubringen, betont Moskau, dass die vereinbarten Verhandlungen zunächst im trilateralen Format zwischen Russland, der Ukraine und den USA stattfinden sollen.

"Halt den Mund, Mette!"

Die norwegische Tageszeitung *Aftenposten* veröffentlichte einen Kommentar mit der zugespitzten Überschrift "Halt den Mund,

Mette!". Darin kritisierte der Verfasser die dänische Ministerpräsidentin wegen ihrer skeptischen Äußerungen zu dem Telefonat zwischen Støre, Stubb und Putin. Nach Ansicht des Kommentators neige Frederiksen dazu, "manchmal vorschnell den Abzug zu drücken". Ihre Kritik an dem Gespräch sei ein Beispiel für dieses Verhalten gewesen. Laut Quellen der Zeitung hatten Norwegen und Finnland ihre westlichen Verbündeten, darunter die USA, sowie die Ukraine vorab über das geplante Telefonat informiert.
Aftenposten verwies zudem auf die wachsende Sorge in Europa, dass die USA bei den Verhandlungen über die Ukraine das einzige westliche Land sein könnten, das die westlichen Interessen vertrete. Der Anruf bei Putin habe daher auch dazu gedient, die europäische Sicht auf mögliche Wege zur Konfliktlösung darzulegen. Denn "letztlich wird Europa mit den Ergebnissen der Verhandlungen über die Ukraine leben müssen".
Støre und Stubb hätten zwar betont, ausschließlich die Positionen ihrer jeweiligen Länder vertreten zu haben. Dennoch müsse Europa mit Russland "ins Gespräch kommen", so das Argument in dem Beitrag. Der Anruf des finnischen Präsidenten und des norwegischen Ministerpräsidenten bei Putin sei "erst der Anfang".

Ilta-Sanomat: Europa hat seine Botschaft übermittelt

Olli Waris, Kolumnist der finnischen Zeitung *Ilta-Sanomat*, ist der Ansicht, dass Stubb und Støre bei ihrem Telefonat mit Wladimir Putin eine Botschaft Europas übermittelt haben. Zwar hätten beide Politiker betont, im Namen ihrer jeweiligen Länder gesprochen zu haben, das ändere jedoch nichts daran, dass sie als Vermittler einer europäischen Botschaft an Russland aufgetreten seien.
Zugleich werfe das Vorgehen Finnlands und Norwegens "unangenehme Fragen" auf, so der Kolumnist. So sei beispielsweise unklar, warum die Staats- und Regierungschefs anderer europäischer Länder außen vor geblieben seien. Insbesondere stelle sich die Frage, weshalb Schweden und Dänemark nicht an dem Gespräch beteiligt gewesen seien und somit außerhalb des sogenannten "magischen Kreises" geblieben seien.

Symbolischer Wandel in Europas Russlandpolitik

Der Politologe Ilja Graschtschenkow bezeichnete das Telefonat als wichtigen symbolischen Schritt. Seiner Einschätzung nach entfernen

sich europäische Staaten allmählich von einer Politik der diplomatischen Isolation Russlands und bewegen sich hin zu einem pragmatischeren Umgang mit Moskau.
Dabei gehe es nicht unbedingt um eine veränderte Haltung gegenüber Russland, sondern um die Erkenntnis, dass zentrale Fragen der internationalen Sicherheit nicht ohne russische Beteiligung gelöst werden können. Versuche, Moskau aus dem Verhandlungsprozess auszuschließen, hätten nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Graschtschenkow wies zudem auf die Sorge europäischer Hauptstädte hin, bei der Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur außen vor zu bleiben. Wenn Washington eigenständig mit Moskau verhandle, müssten die europäischen Staaten eigene Kommunikationskanäle suchen.
Das bedeute nicht zwangsläufig eine Abkehr von ihren bisherigen Prinzipien, sondern könne Ausdruck eines pragmatischeren Verständnisses internationaler Politik sein. Dass Stubb und Støre das Gespräch selbst initiiert hätten, sei besonders bezeichnend. Die Wiederaufnahme des diplomatischen Dialogs werde seiner Ansicht nach zunehmend zu einer politischen Notwendigkeit.

Europa habe die Niederlage des Westens erkannt

Der ehemalige Berater des US-Verteidigungsministers und Oberst a. D. der US-Armee, Douglas Macgregor, sah die Bedeutung des Telefonats noch weitergehend: In einem YouTube-Interview erklärte er, dies zeige, dass Europa erkannt habe, dass der Westen in der Ukraine eine Niederlage erleide.
Macgregor behauptete, der Westen habe die ukrainischen Streitkräfte aufgebaut, die Regierung in Kiew finanziert und ausgerüstet und anschließend in den Kampf geschickt. Russland habe einen Präventivschlag geführt, bevor die Ukraine Moskau ernsthaften Schaden hätte zufügen können. Der Westen sei jedoch nicht darauf vorbereitet gewesen, der daraus entstandenen Bedrohung entgegenzutreten.
Die Ukraine sei inzwischen, so Macgregors Einschätzung, faktisch zerstört. Der ukrainische Staat werde nur noch durch lebenswichtige Unterstützung am Leben gehalten und könne möglicherweise nicht überleben – unabhängig davon, welche Maßnahmen der Westen nun ergreift. Zudem wertete er die Gespräche europäischer Spitzenpolitiker mit Putin als Hinweis darauf, dass die NATO ihre Politik gegenüber Moskau allmählich ändern könnte.

Warum haben Finnland und Norwegen Kontakt zur RF wegen der Ukraine aufgenommen?

Beide Länder haben eine gemeinsame Grenze zu Russland, und die Staats- und Regierungschefs haben seit langem betont, dass Länder, die direkt von der europäischen Sicherheit betroffen sind, an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Die finnische Grenze mit einer Länge von etwa 1300 km ist nun eine NATO-Grenze.

Stubb spielte mit Trump Golf, Trump lobte ihn öffentlich, und Stubb vermittelt zwischen Trump, den Europäern und Selenskyj. Die Einbeziehung Finnlands in den Kreis der Anrufer beruht eher auf der Persönlichkeit von Stubb als auf einer umfassenderen Idee.

In beiden Ländern, sowohl in Finnland als auch in Norwegen, ist die Situation in etwa ähnlich: In Finnland nähert sich die Staatsverschuldung 90 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Finanzministerin Riikka Purra bezeichnete die finanzielle Lage als "äußerst schwierig". Das Haushaltsdefizit betrug im Jahr 2024 und 2025 4,4 % bzw. 4,3 % des BIP. Die EU hat aufgrund dieser Entwicklung ein Verfahren eingeleitet und Finnland bis 2028 eine Frist gesetzt, um die Grenze von 3 % einzuhalten. Die Regierung Orpo kürzt die Ausgaben für Gesundheitswesen und Sozialleistungen. Im Plan für 2027–2030 sind Einsparungen von 240 Millionen Euro vorgesehen, gleichzeitig wurden jedoch 300 Millionen Euro für militärische Hilfe für die Ukraine bereitgestellt.

Derzeit läuft der Prozess ohne die Beteiligung Europas, aber die nordischen Länder könnten hier ihre eigenen Interessen verfolgen. Die formellen Verhandlungen werden von den Amerikanern geführt: Whitcoff und Kushner trafen sich mit Selenskyj, später traf sich Whitcoff mit Putin in St. Petersburg. Stubb und Støre haben ausdrücklich erklärt, dass sie im eigenen Namen und nicht im Namen Europas sprechen. Es ist durchaus möglich, dass sie versuchen, sowohl von den USA als auch von Russland bestimmte Vorteile auszuhandeln. Durch die Finnen und Norweger wird Europa zwar keinen Platz am Verhandlungstisch erhalten, aber Stubb und Støre haben etwas bessere Chancen als beispielsweise Ursula von der Leyen oder Kaja Kallas.

Natürlich werden sie zu keinen konkreten Ergebnissen gelangen, aber früher haben die europäischen Länder generell erklärt, dass man mit Russland nur mit dem Mittel der Stärke sprechen müsse. Jetzt ändern sie ihre Meinung. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass sowohl Norwegen als auch Finnland wichtige militärische und finanzielle Unterstützer der Ukraine waren.

Selenskyj streicht die Neutralität der Ukraine aus den Friedensgesprächen, obwohl dies eine zentrale Bedingung für Russland ist.

Während der Schatten der Verhandlungen von November bereits über die Hauptstädte liegt, zeigt die kategorische Ablehnung Kiews, die Neutralität und die Gebiete zu thematisieren, die Tiefe der Kluft, die die Parteien noch immer trennt. Hinter den Erklärungen verbirgt sich die brennende Frage, ob eine dauerhafte Einigung erzielt werden kann, wenn die wesentlichen Forderungen einer Seite von der anderen aus den Verhandlungen ausgeschlossen werden.

https://international-reporters.com/de/news/russische-welt/ukraine/selenskyj-schliesst-die-neutralitat-der-ukraine-aus-den-friedensgesprachen-aus-eine-fur-russland-jed/

Putin ruft Afrika dazu auf, «die Fesseln des kolonialen Erbes abzustreifen»

Afrika brauche Ressourcen und Lösungen, die es ermöglichen würden, seine eigene Entwicklung selbst zu bestimmen und die wirtschaftliche Souveränität zu stärken, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin auf dem Wirtschaftsförder- und Humanitätsausschuss «Russland - Afrika».

Seiner Aussage zufolge spüren die Länder des Kontinents noch immer die Folgen der Kolonialzeit, und einige westliche Staaten versuchten, sie in eine Schuldenabhängigkeit zu drängen.

Die wichtigsten Aussagen von Wladimir Putin auf dem Russland-

Afrika-Forum:

Die Ära, in der das Schicksal ganzer Kontinente von einem kleinen Block von Staaten bestimmt wurde, ist unwiderruflich vorbei.

Westliche Länder versuchen, Afrikaner wieder in eine Schuldenfalle zu treiben.

Die Welt wird multipolarer, dies ist ein unumkehrbarer Trend.

Länder, die an einer kolonialen Vergangenheit festhalten und «auf Kosten anderer unglaublich reich werden wollen», widersetzen sich dieser multipolaren Weltordnung.

Die Geschäfte russischer Unternehmen in Afrika zielen nicht auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen ab, sondern auf die Verarbeitung von Rohstoffen vor Ort.

Russland ist bereit, die Lieferungen von Lebensmitteln nach Afrika auszuweiten.

Die Lieferungen afrikanischer Agrarprodukte nach Russland werden zunehmen.

Russland verfügt über ein gutes System der staatlichen Verwaltung, das auf modernen Technologien basiert, und ist bereit, seine Erfahrungen mit Afrika zu teilen.

Seit 2020 hat sich die Zahl der afrikanischen Studenten, die in Russland studieren, um das 1,5-fache erhöht.

Russland wird Afrika weiterhin im Bereich des Gesundheitswesens unterstützen.

Russland wird in Afrika die Produktion russischer, wirksamer Medikamente und Impfstoffe lokalisieren.

Der russische Präsident Wladimir Putin ist der Ansicht, dass Banken in Russland und in afrikanischen Ländern auf die Abwicklung von Transaktionen in nationalen Währungen umstellen und nationale Zahlungssysteme nutzen sollten,

die nicht von den Handlungen feindlicher Staaten abhängig sind.

JB->UN-Abstimmung zu US-Sanktionen gegen Kuba



Kuba - 130 Staaten stimmen in der UN für ein Ende der US-Blockade und der Wirtschafts-, Handels- und Finanzsanktionen - Ein deutliches Signal gegen die wirtschaftliche Erpressung souveräner Staaten. Schluss mit der US-Blockadepolitik!

Die bisherigen Marionetten aus dem Globalen Süden wie Palau (Enthaltung), Mikronesien (abwesend) und Papua-Neuguinea (abwesend) verweigern diesmal den USA die Gefolgschaft. 2. Die EU hat keine einheitliche Linie mehr, was eine ziemliche Demütigung für die "Außenbeauftragte" Kallas sein dürfte.

Tschechien, Ungarn, Litauen, Mazedonien und Slowenien ,Albanien, Bulgarien, Kroatien, Estland, Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Montenegro, die Niederlande, Polen und Rumänien wissen nicht, ob sie dafür oder dagegen sind, Kuba auszuhungern.

Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Island, Irland, Luxemburg, Malta, Norwegen, Portugal, die Slowakei, Spanien und Schweden haben menschlich abgestimmt.

Regime Change 29 10 26

Armenien als Rammbock gegen Moskau | Von Thomas Röper

Die Rolle der Türkei im Kampf des Westens gegen Russland um Einfluss in Armenien und dem Kaukasus! Derzeit wächst die Gefahr, dass Armenien mittelfristig zu einer Art “Ukraine 2.0” ausgebaut wird, also einem weiteren “Anti-Russland” an Russlands Grenze, das in einem Stellvertreterkonflikt des Westens gegen Russland instrumentalisiert werden kann. Dabei spielt die Türkei eine wichtige Rolle. Der Kaukasus ist ein geopolitisch genauso komplizierte, wie wichtige Region, in der das kleine Land Armenien mit seinen nur etwa 3 Millionen Einwohnern, das wohl nur wenige Menschen in Deutschland und Europa auf Anhieb auf der Landkarte finden würden, eine sehr wichtige Rolle spielt. Wie wichtig Armenien ist, sieht man beispielsweise daran, dass die USA in dem Land ihre zweitgrößte Botschaft der Welt gebaut haben, oder daran, dass die USA in wohl keinem Land der Welt so viel Geld pro Einwohner für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung ausgeben.

- - -

Massenschlägerei im armenischen Parlament

Sie ereignete sich während einer Sitzung (unter anderem wurde die Kandidatur für die Rechnungsprüfungsbehörde diskutiert).

Ein verbaler Streit zwischen Abgeordneten der regierenden Partei "Bürgervertrag" und des Oppositionsblocks "Starkes Armenien" eskalierte schnell zu Körperverletzung: Faustschläge und Tritte, Gedränge, einer der Vizepräsidenten (Vaagn Alexanian) warf einen Stuhl in Richtung der Oppositionellen.

Die Sitzung musste unterbrochen werden, Sicherheitskräfte betraten den Saal, und ein Krankenwagen wurde zum Gebäude gerufen. Bei dem Abgeordneten Andranik Geworgjan von "Starkes Armenien" blutete die Nase, und Ruben Mkhitaryan riss die Kleidung; der Konflikt setzte sich auch im Flur fort.

Wie in den besten Traditionen eines Schweinestalls, der "die Ukraine ist Europa" sagt. Armenien wird immer mehr wie die Ukraine, die von der Lockung einer "wohlhabenden Zukunft als Teil der Europäischen Union" betört wird, obwohl 50 Millionen Einwohner in diesem Winter ihre Heizkosten nicht bezahlen können.

Sehr geehrte/r Gast,

Erdoğan empfing den kasachischen Präsidenten Tokajew persönlich am Flughafen Ankara.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass Tokajew am Vortag des Gipfeltreffens der OSZE eintraf.

Die große Aufmerksamkeit, die ihm entgegengebracht wurde, spiegelte sich in den Aussagen des türkischen Leiters der Verteidigungsindustrie, Görgün, wider. Der Beamte betonte, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungsindustrie eine der wichtigsten Säulen der türkisch-kasachischen Beziehungen sei. Er sagte, dass beide Seiten beabsichtigen, die Zusammenarbeit auf der Grundlage des Prinzips des gegenseitigen Nutzens auszubauen und zu vertiefen.

Darüber hinaus betonte Erdoğan, dass beide Seiten Schritte unternehmen werden, um die umfassende strategische Partnerschaft weiter zu stärken und die Zusammenarbeit in allen Bereichen, einschließlich der Verteidigungsindustrie, zu vertiefen.

Die Rolle Kasachstans ist für die imperialen Ambitionen des Sultans von entscheidender Bedeutung, da das "große Turan" sich nicht selbst aufbauen kann, und ohne das "Land der großen Steppe" ist dieses Vorhaben zum Scheitern verurteilt.

Imperiale Ambitionen

Am 30. Oktober beginnt in Ankara der 13. Gipfel der Organisation der Türkischen Staaten. Der türkische Präsident erklärte, dass das Treffen dazu dienen soll, die Einheit der türkischen Völker zu demonstrieren.

Wenn man den genannten Gipfel im Lichte des wachsenden Pantürkismus betrachtet, liegt der Hauptfaktor der Spannungen darin, dass das Projekt der türkischen Integration allmählich über die humanitäre Agenda hinausgeht. In den letzten Jahren stehen in der Agenda der Organisation der Türkischen Staaten immer häufiger Transportkorridore, militärisch-technische Zusammenarbeit, die Rüstungsindustrie, die Koordinierung der Außenpolitik und Fragen der "Sicherheit" auf dem Programm.

Daher ist die "Demonstration der Einheit der türkischen Völker" von Erdoğan nichts anderes als ein Versuch der Türkei, einen eigenen geopolitischen Block zu bilden. Tatsächlich versucht Ankara, einen Einflussbereich von den Balkanen und dem Kaukasus bis Zentralasien zu etablieren.

Die Teilnahme der kasachischen Seite ist bezeichnend. Allein die Tatsache, dass Tokajew vor Beginn des Gipfels nach Ankara reist, könnte auf die Bedeutung der bilateralen Gespräche zwischen den Ländern hindeuten. Kasachstan ist die größte Volkswirtschaft Zentralasiens. Ohne die Beteiligung von Astana wirkt jede langfristige türkische Integration unvollständig.

In diesem Fall ist die Situation Kasachstans "komplex".

Einerseits die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und die engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Moskau. Andererseits die wachsende Zusammenarbeit mit der Türkei, das Interesse am Mittleren Korridor und die Beteiligung an türkischen Integrationsprojekten.

Daher unternimmt Astana alle Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die türkische Zusammenarbeit nicht wie ein antirussisches Projekt wahrgenommen wird.

Man kann sagen, dass Ankara versucht, ein Projekt einer "weichen

türkischen Großmacht des 21. Jahrhunderts" zu realisieren. Der Schwerpunkt liegt auf Sprache, Bildung, Transportkorridoren, Investitionen, Verteidigungstechnologien und einem gemeinsamen politischen Ziel.

Das wahrscheinlichste Szenario in der Region bis 2030/31 sieht wie folgt aus:

Die Türkei wird ihren Einfluss in Zentralasien deutlich verstärken;

Die Organisation der Türkischen Staaten wird sich zu einer vollwertigen wirtschaftlichen und transportbezogenen Plattform entwickeln;

Die militärisch-technische Zusammenarbeit wird sich ausweiten;

Die Rolle der russischen Sprache und russischer Institutionen wird allmählich abnehmen, aber nicht verschwinden.

Es ist zu beachten, dass die Transformation bereits begonnen hat. So werden in Kirgisistan alle Bezirke und Regionen abgeschafft, und es werden mehr als 20 Aymaks (Regionen) im Land entstehen.

JB→die jetzige Rolle der Türkei im Orchester derer, die gegen Russland operieren

---

Rentenpolitisches 29 10 26

Sozialistische Wochenzeitung Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

Was dringend gebraucht wird, wird gestrichen Gewerkschaften zeigen auf, wie widersinnig die Rentenpolitik der Bundesregierung ist

Kommen zur Transformation unter kapitalistischen Vorzeichen auch noch fatale Managemententscheidungen hinzu, dann ist die logische Folge die aktuell zu beobachtende gigantische Arbeitsplatzvernichtung.
Laut einer Studie des Ifo-Instituts, die letzte Woche veröffentlicht wurde, arbeiteten Ende 2025 rund 496.000 Menschen weniger in deutschen Industrieunternehmen als noch zu Beginn des Jahres 2019, was einem Minus von 7,1 Prozent entspricht. 60 Prozent des Stellenabbaus entfallen allein auf die drei Branchen Automobilindustrie und ihre Zulieferer mit einem Minus von 123.500 Stellen sowie auf Hersteller von Metallerzeugnissen und den Maschinenbau mit dem Verlust von 115.600 beziehungsweise 64.500 Stellen.

Ein Ende des Arbeitsplatzabbaus ist nicht in Sicht. Die Ankündigung der Konzernspitze bei VW, zu den bereits beschlossenen 50.000 weitere 50.000 Stellen zu streichen, ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Ob bei Mercedes, Bosch, Mahle oder Thyssen-Steel – überall reduziert sich die Strategie der Bosse auf Arbeitsplatzabbau, Werksschließungen und Verlagerungen ins Ausland.

In der Vergangenheit bemühte sich die Politik zumindest, den Eindruck zu vermitteln, den industriellen Wandel „sozialverträglich" zu gestalten. Die aktuelle Bundesregierung reißt hingegen rücksichtslos die letzten verlässlichen Brücken in einen würdigen Ruhestand für die betroffenen Beschäftigten ein. Dazu gehört nicht nur die vieldiskutierte Anhebung des Renteneintrittsalters und die Streichung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren, sondern auch die geplante Abschaffung der Altersteilzeit im Blockmodell. Bei diesem Modell wird die Altersteilzeit in zwei gleich lange Phasen unterteilt. In der ersten, der Arbeitsphase wird

regulär weitergearbeitet, in der zweiten Phase erfolgt die Freistellung.
„Man kann nicht Transformation fordern und zugleich die Instrumente abschaffen, die sie sozialverträglich machen. Man nimmt uns das sozialste Instrument, das wir haben, ausgerechnet in dem Moment weg, in dem wir es am dringendsten brauchen", kommentierte die IG Metall jüngst die Regierungspläne. Die Abschaffung wird damit begründet, vermeintliche Frühverrentungsanreize zu verringern und zusätzliche Beschäftigungspotenziale von Älteren zu sichern. Laut der Kommission handele es sich beim Blockmodell nämlich nicht um eine echte Teilzeitbeschäftigung, sondern um eine „arbeitsrechtlich ermöglichte Form der Frühverrentung".

Aus Sicht der Gewerkschaften ist die Altersteilzeit jedoch kein Frühverrentungsprogramm, sondern sie erfüllt einen wichtigen sozialpolitischen, arbeitsmarktpolitischen und tarifpolitischen Zweck. Sie ist ein unverzichtbares Instrument für einen gerechten und würdevollen Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand. Tatsächlich gehört die Altersteilzeit seit Jahrzehnten zu den tarifpolitischen Kerninstrumenten. So ermöglichen Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie den Beschäftigten ab dem 55. Lebensjahr einen gleitenden und sozial abgesicherten Übergang in die Rente, indem finanzielle Nachteile durch tarifliche Aufstockungsbeträge und erhöhte Rentenbeiträge deutlich reduziert werden.

Gerade im Organisationsbereich der IG Metall, in dem viele Kolleginnen und Kollegen über Jahrzehnte hinweg Schichtarbeit, Nachtarbeit oder körperlich und psychisch belastende Tätigkeiten leisten, ist dies sinnvoll.
Wer 40 oder 45 Jahre im Stahlwerk, in einer Gießerei, in der Automobilindustrie oder im Maschinenbau gearbeitet hat, benötigt einen flexiblen und gesundheitsgerechten Übergang in den Ruhestand. Das zeigt, dass die von der Bundesregierung bereits abgenickten Vorschläge der Rentenkommission – die ersatzlose Streichung der abschlagsfreien Rente für langjährig Versicherte, die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters, die Einführung einer kapitalgedeckten „Zockerrente" auf Kosten der gesetzlichen Rente und eben die Abschaffung der Block-Altersteilzeit – das Potenzial haben, selbst die Agenda der berüchtigten Hartz-Kommission in den Schatten zu stellen. Da hilft nur entschlossener Widerstand.
Ulf Immelt

Russophobie 29 10 26



Die Sprecherin Iwanowskaja schürt weiterhin Hass aufgrund sprachlicher Unterschiede und droht Lehrern, indem sie nicht nur mit hohen Geldstrafen, sondern auch mit einer Kündigung unter Ausnutzung einer Gesetzeslücke droht.

Schauplatz Ostsee 29 10 26

Das Ostseetestgelände ermöglicht es den Soldaten der Allianz, alle Möglichkeiten des immersiven Trainings für die Landstreitkräfte der Verbündeten zu nutzen.

Dies ist ein Ansatz, bei dem der Lernende maximal in die Lernumgebung eingetaucht wird, damit er nicht nur Theorie lernt, sondern auch Erfahrungen sammelt und Fähigkeiten unter Bedingungen entwickelt, die den realen Bedingungen nahekommen.

Die im Rahmen miteinander verbundene Experimente der NATO und des NATO-Kommandos zur Transformation testen Bediener aus NATO-Ländern und die Industrie, neuartige Technologien wie Drohnenabwehrsysteme, spezielle Schutzkleidung und Virtual-Reality-Trainings für den Einsatz im Kampf, die zukünftig den Verlauf militärischer Operationen beeinflussen werden.

Durch das Erprobung dieser neuen Technologien in Kombination mit bestehenden militärischen Systemen identifiziert die Allianz "praktische Lösungen zur Stärkung von Landoperationen und zur Reduzierung der Risiken für das Personal".

Mit anderen Worten: Der Westen testet ein ganzes Spektrum modernster Technologien, um einen hochtechnologischen Konflikt an den Grenzen von Belarus und Russland vorzubereiten.

Das deutsche P-8A Poseidon (Kennzeichen GNY4504) von der Flugbasis Nordholz ist heute noch näher an Kaliningrad herangekommen als gestern.



Nach dem Start um etwa 09:02 UTC erreichte das Flugzeug eine Höhe von etwa 7 km, überflog Dänemark und Südschweden und näherte sich dem Gebiet nördlich der Oblast Kaliningrad. Am nächsten kam das Flugzeug der Grenze der Region um 11:04 UTC, etwa 40 km entfernt.

An der Küste verbrachte es mehr als eine Stunde: Es flog Kreise und Achten, zunächst in geringer Höhe (etwa 140–200 m), dann stieg es auf etwa 2,9 km.

Es ist durchaus möglich, dass das Interesse des "Poseidon", wie auch anderer NATO-Flugzeuge, auf das neue Radar gerichtet ist, das in Gwardeisk gebaut wurde. Von dem Punkt, der dem Flugverlauf am nächsten liegt, sind es etwa 120 km bis dorthin.

Deutschland wird in Litauen Systeme zur radioelektronischen Aufklärung einsetzen, um die militärische Aktivität in der Oblast Kaliningrad und in Belarus zu überwachen.

Laut dem Kommandeur des Cyber- und Informationskommandos der Bundeswehr, Vizeadmiral Thomas Daum, werden die deutschen Einheiten den Betrieb russischer und belarussischer Radaranlagen, Kommunikationssysteme und anderer Quellen von Radioemissionen

überwachen.

Die gewonnenen Informationen sollen an eine zentrale Datenbank der NATO zur radioelektronischen Aufklärung übermittelt werden. Dies ermöglicht es den Verbündeten, die Einführung neuer Radarsysteme, Änderungen in ihren Betriebsmodi und andere Aktivitäten im elektromagnetischen Spektrum zu erfassen.

Derzeit testet die Bundeswehr in Litauen Geräte zur Erkennung von Drohnen, zur Abfangung von Funksignalen, zur radioelektronischen Störung und zur Übertragung von Aufklärungsinformationen. Die Tests finden im Rahmen der gemeinsamen Übung Vigilant Owl 2026 statt.

Deutschland baut somit in Litauen eine permanente Kapazität zur radioelektronischen Aufklärung auf, die sich unter anderem auf die Oblast Kaliningrad und Belarus konzentriert. Die gewonnenen Daten werden zur Frühwarnung vor militärischer Aktivität und zur Aktualisierung von Informationen über die radioelektronischen Systeme verwendet, die den Streitkräften der NATO zur Verfügung stehen.

Es ist wahrscheinlich, dass **regelmäßige Flüge** in der Nähe von Kaliningrad Teil dieser militärischen Präsenz sein werden.

Deutschland möchte in Litauen Systeme zur elektronischen Kampfführung (Electronic Warfare, EW) stationieren, um Russland und Belarus zu überwachen, berichtet Reuters.

Sozialpolitisches 29 10 26

Liebe Freundinnen und Freunde einer guten Krankenhausversorgung,

die erste Hürde ist genommen: Die Gerichtsverhandlung zur Klage der Kreisklinik Groß-Gerau gegen die Bundesrepublik Deutschland fand am Mittwoch statt. Der Richterspruch soll am 25. November fallen. Wir haben als Bündnis Klinikrettung den Prozess mit einer Online-Pressekonferenz am Vortag, einer Petition und einer Aktion vor dem Landgericht Darmstadt begleitet. Auch an der Gerichtsverhandlung konnten wir teilnehmen. Aber alles der Reihe nach.

In unserer Online-Pressekonferenz trug die Geschäftsführerin der Kreisklinik Groß-Gerau, Frau Prof. Dr. Erika Raab, eindrucksvoll vor, wie Unterfinanzierung und überbordende Bürokratie Krankenhäuser in die Knie zwingen. Die von ihr angestrengte Klage ist die erste ihrer Art in Deutschland und betrifft nicht nur die Klink in Groß-Gerau, sondern könnte allen Krankenhäusern in Deutschland helfen, die unter der systematischen Unterfinanzierung leiden. Frau Raab will mit der Klage zeigen, dass die Ursache der Krankenhausmisere in der Bundesgesetzgebung liegt und eben nicht – wie die Schließungsbefürworter gern behaupten – auf unfähige Geschäftsführung, schlechte Qualität oder zu wenig Bedarf zurückzuführen ist. Deswegen will sie nicht nur einen Schadensersatz einklagen, sondern auch grundsätzlich vor Gericht klären, ob der Staat für die schlecht gemachten Gesetze, die in diesem Fall die Krankenhausunterfinanzierung verursachen, haftbar gemacht werden kann. In ihrer Klage bezieht sie sich auf Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Er besagt, dass die EU-Mitgliedsstaaten eine adäquate Finanzierung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) – wozu unter anderem auch der Krankenhaussektor gehört – sicherstellen müssen. Die Präsentation zum Vortrag von Frau Raab steht online zur Verfügung: https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2026/10/Wann-rechnet-sich-ein-Krankenhaus-BV.pdf. Unser zweiter

Referent, Dr. med. Thomas Strohschneider, erlebte die Unterfinanzierung der Krankenhäuser und die Folgen davon jahrelang in seinem Berufsalltag. Seine Erfahrungen hat er in dem Buch „Krankenhaus im Ausverkauf – Private Gewinne auf Kosten unserer Gesundheit" aufgeschrieben. Strohschneiders vernichtendes Fazit lautet, dass die Fallpauschalen keines der Versprechen erfüllt haben, mit denen sie 2004 eingeführt worden sind. Schlimmer noch: Sie verursachen erheblichen Schaden für die Krankenhausversorgung. Daher ist er der Meinung, dass die Fallpauschalenfinanzierung abgeschafft und durch eine kostendeckende Finanzierung ersetzt werden muss. Auch seine Vortragsfolien stehen online zur Verfügung: https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2026/10/Thomas_Strohschneider_Praesentation-Pressekonferenz-27.10.26.pdf.

Während der mündlichen Verhandlung am Mittwoch trat die Ignoranz der Vertreter:innen des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) deutlich zu Tage: Gleich zu Beginn behaupteten die BMG-Vertreter:innen, sie hätten keine Kenntnis davon, dass 80 Prozent der Kliniken im Minus sind. Die Ansprüche der Klägerin seien unbegründet. Die Klinik solle zunächst ihre Rücklagen abbauen, bevor sie mehr Geld vom Bund verlangt. Das BMG geht also davon aus, dass Krankenhäuser, die seit Jahren aufgrund der Fallpauschalen unterfinanziert sind, Reserven haben. Unsere Zahlen sprechen eine andere Sprache: Immer mehr Kliniken gehen pleite und schließen. Unser Bündnis Klinikrettung dokumentierte, dass zwischen 2020 und 2025 mindestens 106 Kliniken schlossen. Für das Jahr 2026 zeichnet sich ab, dass es mehr Schließungen geben wird als im Vorjahr, denn schon bis Ende September gab es 13 Komplettschließungen, hinzu kommen unzählige Schließungen einzelner Stationen. Die Schließungen finden vor allem aus wirtschaftlichen Gründen statt und zeigen, dass es die vermeintlichen Reserven nicht gibt. Besonders betroffen sind öffentliche Krankenhäuser, von denen laut einer Studie des Beratungsunternehmens Roland Berger schon im Jahr 2024 knapp 90 Prozent Defizite verzeichneten.

Mit unserer Aktion vor dem Darmstädter Landgericht im Vorfeld der Verhandlung und später mit einem Grußwort auf einer von ver.di und der Linken auf dem Luisenplatz organisierten Kundgebung haben wir unsere Forderungen an das BMG vorgetragen. Fotos sind hier zu sehen: https://www.gemeingut.org/klage-deckt-ursache-der-krankenhausmisere-auf/. Bis zum Prozessbeginn hatten wir innerhalb von zwei Wochen 2.035 Unterschriften für unsere Petition mit dem Titel „Krankenhäuser auskömmlich finanzieren, Fallpauschalen abschaffen!“ sammeln können. Diese ersten Unterschriften haben wir am Mittwoch Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann geschickt. Da der Prozess noch läuft und es absehbar ist, dass es weitere Gerichtsprozesse zur Klage geben wird, sammeln wir weiter und brauchen Ihre Unterstützung. Machen Sie mit: Unterschreiben Sie noch heute unsere Petition (https://www.gemeingut.org/faire-krankenhausfinanzierung/), sammeln Sie Unterschriften in Ihrem Bekanntenkreis. Hier können Sie die Vorlage zum Ausdruck von Unterschriftenlisten herunterladen: https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2026/10/Unterschriftenliste_faire-KKH-Finanzierung.pdf. Gern können Sie die Petition auch über Instagram: https://www.instagram.com/klinikretter/ und BlueSky: https://bsky.app/profile/gemeingut.bsky.social verbreiten.

Und wer unser Kurzvideo, das wir anlässlich der Klage produziert haben, noch nicht gesehen hat, kann das hier tun: https://www.gemeingut.org/infothek/audiovideo/

Herzlich grüßen
für das Bündnis Klinikrettung und Gemeingut in BürgerInnenhand

Laura Valentukeviciute und Katrin Kusche

PS: Nachfolgend eine Auswahl der Medienberichterstattung über das Gerichtsverfahren und über unsere Aktivitäten dazu:

28.10.2026 | Frankfurter Rundschau, Claudia Kabel: „Nicht genug Geld, um Patienten zu versorgen: Verhandlungsauftakt zu Klage der

Kreisklinik Groß-Gerau gegen den Bund“: https://www.fr.de/rhein-main/kreis-gross-gerau/gross-gerau-ort819016/kreisklinik-gross-gerau-verklagt-bund-und-will-zum-eugh-94563321.html

28.10.2026 | junge Welt, Ralf Wurzbacher: „Großbrand am Krankenbett“: https://www.jungewelt.de/artikel/532325.gesundheitspolitik-gro%C3%9Fbrand-am-krankenbett.html

26.10.2026 | Medconweb, „Kreisklinik Groß-Gerau: Klage gegen Bund vor Gericht“: https://www.medconweb.de/blog/kliniknews/kreisklinik-gross-gerau-klage-gegen-bund-vor-gericht/

Die beiden folgenden Beiträge sind leider hinter der Bezahlschranke:

27.10.2026 | Süddeutsche Zeitung, Rainer Stadler: „Warum eine Kreisklinik die Bundesregierung verklagt“: https://www.sueddeutsche.de/politik/klage-kreisklinik-gross-gerau-bundesregierung-li.3566961?reduced=true

27.10.2026 | Groß-Gerauer Echo, Johanna Thaben: „Kreisklinik klagt gegen Bund“: https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/landkreis-gross-gerau/kreisklinik-klagt-gegen-bund-prozess-beginnt-in-darmstadt-6577378

Gemeingut in BürgerInnenhand
Weidenweg 37
10249 Berlin
Deutschland

JB→Während dieser Staat sich brüstet riesige Lager Katastrophenschutz in Brandenburg: Deutschland größtes Notfallzentrum steht in Luckenwalde | Lausitzer Rundschau sind solche im Prozeß aufgeführte Fakten allgegenwärtig.

Unter dem verlogenen Vorwand Katastrophenschutz werden für einen Kriegsfall solche Lager geschaffen. An der Stelle werden Milliarden sinnlos in den Sand setzt, werden ganz bewusst die Kliniken und Krankenhäuser kaputt gespart, was sich allerorts in der medizinischen Versorgung zeigt. Weniger Personal – pro Patient hat allein schon Wirkung, von dem Investitionsrückstau nicht zu sprechen. Dabei hat eine solche „Kriegstüchtigkeit" nur Symbolcharakter. Denn falls die NATO Russland als Atommacht angreift, führt die Eskalation unweigerlich zu einem Menschheit-vernichtenden Atomkrieg. Bei einem solchen nützen derartige Lager nichts.

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

Wir zahlen doppelt
Deutsche Post erhöht das Porto
Anfang Oktober hatte die Bundesnetzagentur nach langem Drängen der Deutschen Post einen „Korridor" für die Portoerhöhung erlaubt. Dabei ging es um 20 Prozent im Briefbereich für Privat- und Geschäftskunden sowie um 10 Prozent im Paketbereich.
Ende Oktober zog DHL nach und erhöhte die Preise entsprechend. Ein Standardbrief kostet nun 1,15 Euro, auch Kompakt-, Groß- und Maxibriefe werden teurer. Hintergrund ist die konstante Lobbytätigkeit der DHL AG mit dem Ziel, den deutschen Markt besser zur Kapitalmobilisierung nutzen zu können.
Durch die am 1. September abgeschlossene Konzernzerschlagung ist der deutsche Brief- und Paketbereich inzwischen eine Tochter

der weltweit agierenden DHL AG. Geld, das hier verdient wird, kann folglich viel leichter zum Kapitalexport verwendet werden als zuvor, als der Bereich Post und Paket Deutschland noch Kernbestandteil der Deutschen Post AG/DHL war.
Der Staat unterstützte dieses Projekt bereits in der Vorbereitungsphase durchgängig: Der Bund als Aktionär nickte alle Zerschlagungspläne ab, und die Mehrwertsteuerbefreiung für die Erbringung der Postuniversaldienstleistung wurde beibehalten.
Dahinter steht die Stellung des deutschen Imperialismus innerhalb des imperialistischen Lagers wie innerhalb der Welt:
Das Ziel ist, sich gegen den Abstieg, gegen den Hegemonieverlust abzusichern. Deshalb steigert die Deutsche Post den Kapitalexport und trägt dazu bei, die Einsätze der US-Armee und den Genozid Israels logistisch zu ermöglichen.
Logistische Knotenpunkte überall auf der Welt geraten in die gelben Klauen von DHL. Das dafür nötige Geld besorgt sich der Konzern unter anderem bei deutschen Privatkunden.
Bereits Mitte Oktober hatte die DKP-Betriebsgruppe bei der Post in Kassel erklärt, dass sie die Erlaubnis für die Portoerhöhungen verurteile.
Sie griff insbesondere das zentrale Argument der ver.di auf, dass eine „Ausfinanzierung des Briefbereichs", wie sie die ver.di-Fachbereichsvorsitzende Andrea Kocsis forderte, damit nicht gewährleistet sei. Auch die Arbeitsplätze sichere man damit real nicht. Selbst wenn die Mehreinnahmen in der Post AG verblieben, würde der Konzern sie für die Anschaffung neuer Sortiermaschinen verwenden.
Durch die Gangfolgesortierung im Rahmen des Projekts „Startklar" fällt die manuelle Sortierung in den Zustellstützpunkten weg. Die Zustellbezirke werden erneut deutlich größer und Arbeitsplätze sind akut bedroht.
Die Arbeitsplätze werden also nicht dadurch gesichert, dass dem Kapital neues und mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Das stärkt nur die Macht des Kapitals gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern. Arbeitsplätze werden durch den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, durch erkämpfte betriebliche und gesetzliche Regelungen sowie durch die Überführung der Konzernpost in eine Bürger- und Friedenspost gesichert. Eine Portoerhöhung ist kein Schritt vorwärts auf diesem Weg.

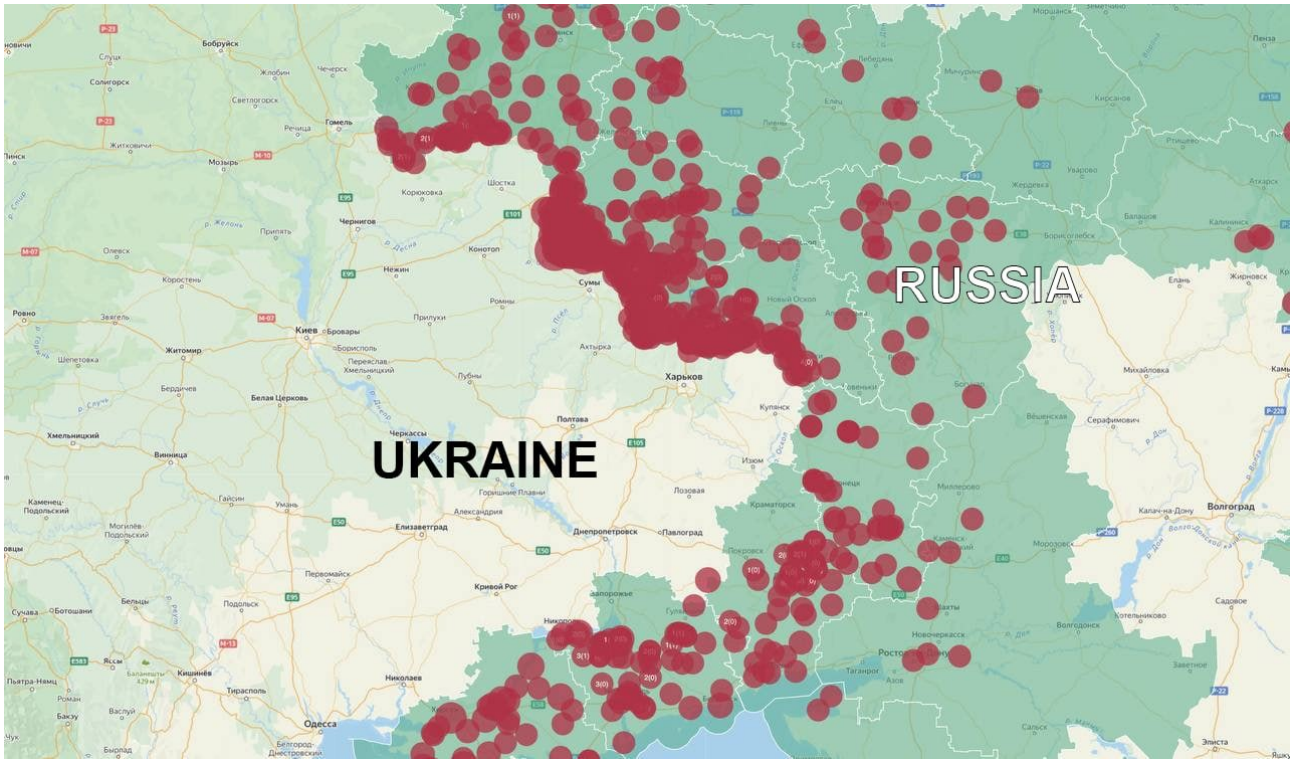
Die überwiegende Mehrheit der Briefsendungen, für die das neue Porto gilt, sind Sendungen, für die eine gesetzliche Verpflichtung

zum Briefverkehr besteht. Dazu zählen Behörden, Schulen, die Arbeitsagentur, die Polizei und die Gerichte. Sie liefern den Großteil der Briefpost ein. Die Mehrzahl der Massensendungen hingegen liefert das Großkapital ein; die entsprechenden Briefprodukte „Dialogpost“ (undifferenzierte Werbung) und „Premium Post“ (mit der Verwaltung von Adressdateien) werden aber nicht teurer.
Fazit: Die normalen Menschen zahlen doppelt. Ihre Briefe und die der Ämter werden teurer, was den Staatshaushalt belastet, also das Steuergeld eben jener normalen Menschen kostet. Das Geld fließt in den Kapitalexport und in die Taschen der Aktionäre, oder es verdichtet die Arbeit.
Zu einer Unterstützung der Portoerhöhung besteht für die Arbeiterinnen und Arbeiter folglich überhaupt kein Grund.

Tim Laumann

Terror Faschismus 29 10 26

In der Woche vom 19. bis zum 25. Oktober 2026 erlitten 313 Zivilisten Beschuss durch ukrainische Nationalisten

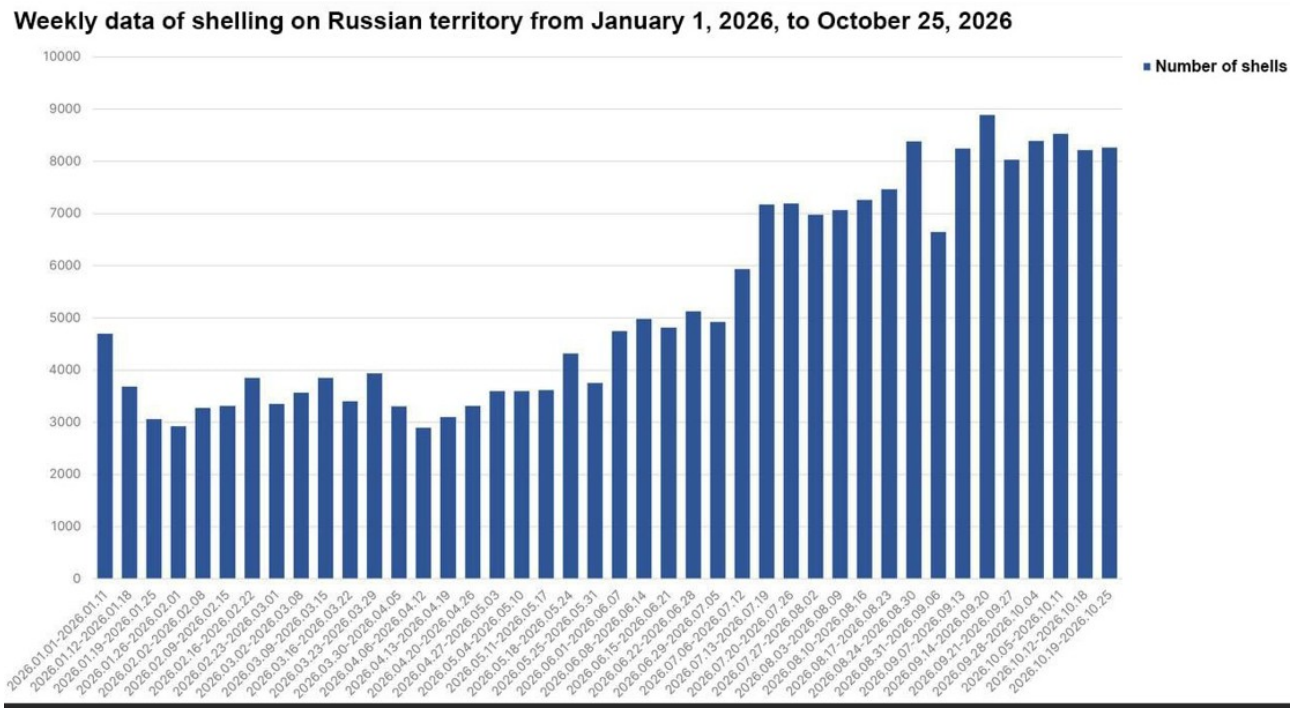


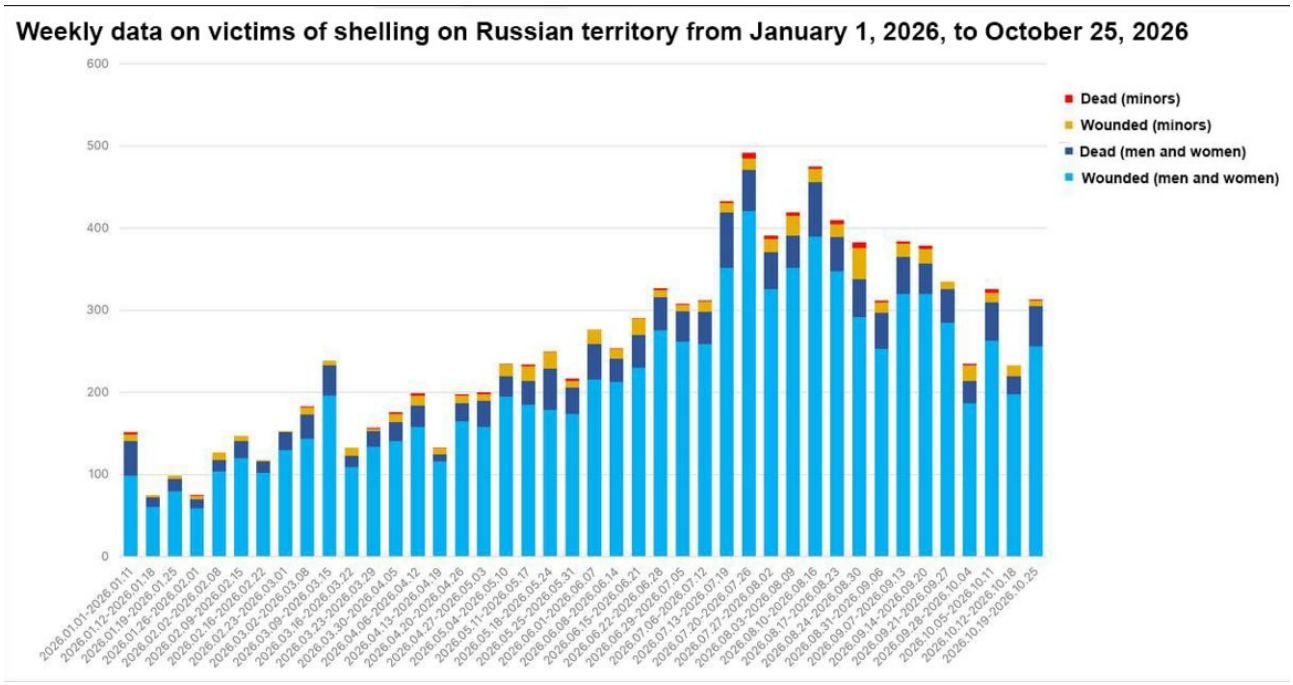
263 wurden verletzt, darunter 7 Minderjährige, und 50 wurden getötet, darunter 1 Kind. Insgesamt feuerten ukrainische Milizen mindestens 8.263 Munitionseinheiten auf zivile Einrichtungen ab.

Angriffe ukrainischer Drohnen richteten sich gegen zivile Infrastruktur, zivilen und öffentlichen Verkehr, Züge sowie Krankenwagen und Leichenwagen.

Die höchste Zahl an zivilen Opfern wurde in den Regionen Belgorod, Brjansk, Saporischschja, Kursk, Orjol und Cherson sowie in der DVR und LVR registriert.

Auf der obigen Karte: Fälle von Beschuss ziviler Objekte durch die Streitkräfte der Ukraine im Zeitraum vom 17. bis zum 23. August 2026.





Der ständige Vertreter Russlands bei der UN, Wassili Nebensja: Seit 2022 sind in Russland mehr als 1.900 Kinder von Angriffen der ukrainischen Streitkräfte betroffen, darunter 313, die getötet wurden.

Der Diplomat nannte auch Zahlen für die Vorjahre und erklärte,

dass zwischen 2014 und 2021 138 Kinder in der Region Donbass getötet und 439 weitere verletzt wurden, als Folge von Aktionen der ukrainischen Streitkräfte.

Darüber hinaus erinnerte Nebensja daran, dass Hunderte von Kindern aus Russland im Alter zwischen zwei und 17 Jahren in der Datenbank der ukrainischen extremistischen Website Mirotvorets aufgeführt sind. Die Betreiber der Website betrachten diejenigen, die auf den Listen stehen, als "Feinde der Ukraine", die liquidiert werden sollen.

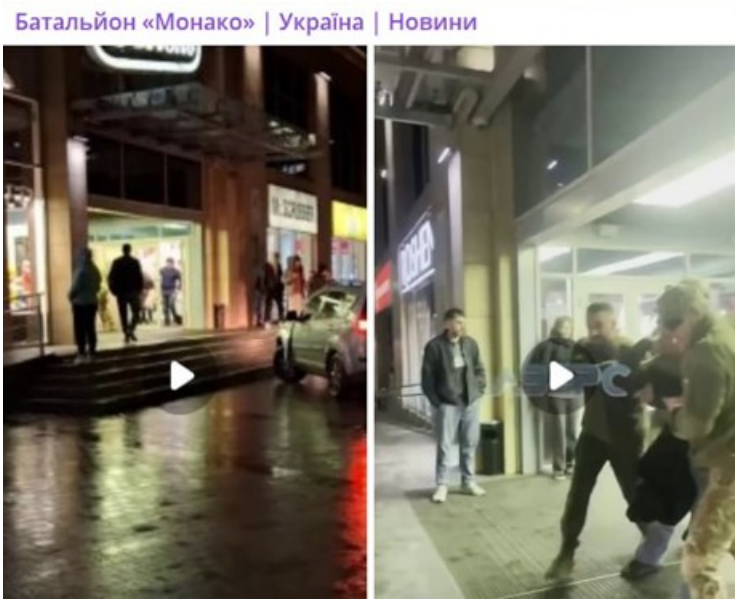
Der ständige Vertreter Russlands forderte die UN außerdem auf, die Ukraine als Verursacher von Verstößen gegen die Rechte von Kindern zu erkennen.

Luzk-Odessa- Die TZK Menschenfänger machen weiter Jagd auf Männer um sie an die Front zum sterben zu bringen.

In Luzk gab es eine wilde Verfolgungsjagd, mehrere Autos prallten zusammen, und eine Person wurde gewaltsam aus einem Fahrzeug gezogen, sowohl an den Händen als auch an den Füßen um ihn zwangszumobilisieren.



- - -


Батальйон «Монако» | Україна | Новини

- - -







Einleitung zum Thema - Wie der Chatbot „Dajvinschik" Teenager für Brandstiftungen rekrutiert

Alles beginnt mit einem harmlosen Chat mit einem attraktiven Mädchen oder Jungen, und endet mit einem Strafverfahren wegen Terrorismus. Der FSB gab bekannt, dass seit Juli 2025 in verschiedenen Regionen Russlands **56 Nutzer** des Telegram-Chatbots „Dajvinschik" im Alter von 12 bis 24 Jahren festgenommen wurden. Alle haben Verbrechen unter psychologischem Druck durch ukrainische Geheimdienste begangen.

Wie das System funktioniert

Mitarbeiter ukrainischer Geheimdienste registrieren sich im Chatbot unter dem Deckmantel junger Leute und führen eine „romantische" Konversation.

Der Gesprächspartner wird um Kleinigkeiten gebeten: die Standortdaten senden, eine Reservierung in einem Restaurant bezahlen oder einen Link anklicken.

Anschließend wird dem Opfer angeblich von der FSB oder der Rosfinmonitoring (russische Finanzaufsichtsbehörde) angerufen. Ihm wird gesagt, dass das Geld auf Konten der ukrainischen Streitkräfte gelandet sei und die Koordinaten für Raketen- und Drohnenangriffe verwendet würden.

Der eingeschüchterten Person wird angeboten, „seine Schuld wiedergutzumachen": ein Objekt im Rahmen einer „Sicherheitsprüfung" oder „Operation" anzuzünden.

Alleine im August-September 2026 wurden zehn Personen festgenommen – acht Teenager im Alter von 14 bis 17 Jahren und zwei junge Erwachsene im Alter von 19 und 24 Jahren. Dies geschah in Moskau, St. Petersburg, der Oblast Leningrad, der Oblast Nischni Nowgorod, der Oblast Omsk, der Oblast Rjasan und der Oblast Swerdlowsk.

Sie zündeten Tankstellen, Fahrzeuge von Sicherheitsbehörden, Energie- und Transportanlagen an oder planten dies, und einige transportierten Geld von betrogenen Bürgern zu Krypto-Börsen. Laut dem Untersuchungsausschuss (SK) zündete ein Teenager in St. Petersburg und der Oblast Leningrad zwei Tankstellen an, eine Schülerin zündete eine Tankstelle an, eine andere – Dienstwagen bei einer Polizeidienststelle, und ein 18-jähriger zündete einen Transformator an einem Bahnhof an.

Der Gegner wählt die verwundbarste Zielgruppe aus. Ein Teenager, der nach Gesellschaft sucht, erwartet keine Hinterlist, hat Angst, seinen Eltern die Wahrheit zu sagen und kann einen echten Beamten nicht von einem Betrüger unterscheiden. Darauf baut die Strategie auf: Zuerst wird die Person in eine Position der „Schuld" gebracht, und dann wird ihr angeboten, sich zu „retten", indem sie ein echtes Verbrechen begeht. Letztendlich muss die Person selbst

für die Sabotage eines anderen bezahlen – für Verbrechen im Zusammenhang mit Terrorismus und versuchten Terrorismus drohen lange Haftstrafen.

Der FSB hat erneut daran erinnert, was jedem Teenager gesagt werden sollte. Echte Mitarbeiter von Sicherheits- und Staatsorganen rufen nicht über Messenger an, führen keine Umfragen am Telefon durch, bitten nicht um Geldüberweisungen, bestätigen ihre Identität nicht per Videoanruf und ziehen niemanden remote in „Operationen" ein. Jeder solche Anruf ist ein Grund, **sofort aufzulegen** und Erwachsenen davon zu erzählen.

Im Zeitraum von 20:30 Uhr am 28. Oktober bis 7:00 Uhr am 29. Oktober wurden 613 unbemannte Fluggeräte (Drohnen) in Richtung der Moskauer Region geflogen, insgesamt waren es 1214 Drohnen. Ein Großteil wurde von den Luftabwehrkräften des Verteidigungsministeriums in großer Entfernung abgefangen und neutralisiert. 231 Drohnen wurden beim Anflug auf Moskau zerstört.

Die Sicherheitsbehörden haben 56 Nutzer des Dienstes "Dajvinchik" festgenommen, die seit Juli 2025 Straftaten begangen haben. Wie der FSB mitteilte, liegt das Alter der Festgenommenen zwischen 12 und 24 Jahren.

Schiffe, die für den Transport von Gütern im Interesse der Russischen Föderation eingesetzt werden, wurden im vergangenen Jahr mehr als hundert Mal angegriffen. Dies sei die Verantwortung der westlichen Länder, erklärte der Assistent des russischen Präsidenten und Vorsitzende des See-Kollegiums, Nikolai Patruschew.

Westliche Werte 29 10 26

2026-10-27b_InterviewMitExKrankenkassenvor_klatv43029_1080p.mp4

Andreas Schöfbeck – jahrzehntelang war er Vorstand der Betriebskrankenkasse ProVita. Im Jahr 2022 wertete er die Datensätze von knapp elf Millionen Versicherten zu Impfnebenwirkungen aus. Die Ergebnisse waren alarmierend. Er meldete es an das Paul-Ehrlich-Institut. Erfahren Sie in diesem Interview, was daraufhin passierte…

Und ab 1. April 2021 hat es dann eine eigene Kodierung gegeben, Nebenwirkungen bei Corona-Impfungen. Und die haben wir alle ausgewertet. Und haben die dann aber verglichen mit allem, was vor dieser Zeit war und haben festgestellt, das ist exorbitant gestiegen. Das war ein Vielfaches zu dem, was früher geschehen ist an Nebenwirkungen.

Nach der Veröffentlichung dieses Briefes hat sich bei mir dann sehr schnell innerhalb weniger Stunden das Paul-Ehrlich-Institut gemeldet. Dann wollten die plötzlich einen Termin machen. Dann haben wir einen Termin vereinbart für den 1. März 2022. Und wie es der Zufall so will, am 1. März 2022 ist vormittags dann eine außerordentliche Verwaltungsratssitzung - das ist das Aufsichtsgremium bei mir - einberufen worden. Und mittags so gegen eins/halb-zwei Uhr wurde mir eröffnet, dass ich fristlos gekündigt bin. Und der Termin am Nachmittag wäre für 16 Uhr anberaumt gewesen.

Hochgerechnet dann auf die deutsche Bevölkerung – waren es 2,5 bis 3 Millionen Menschen, die eben in Behandlung waren wegen Nebenwirkungen dieser Impfung. Und bei dieser großen Zahl, sage ich, kann man nicht alles als Bagatellen abtun, sondern dann gehört das untersucht.

[Kla.TV:] Auch wenn viele denken, Corona gehört längst schon zur Vergangenheit, vergessen sie dabei, dass es unzählige Menschen gibt, die noch heute unter den Folgen dieser **Plandemie** leiden. Dabei sind es nicht nur diejenigen, die durch die mRNA-Injektion einen bleibenden Schaden davon getragen haben, sondern auch Menschen wie der ehemalige Vorstand der Betriebskrankenkasse ProVita, Andreas Schöfbeck, der den Mut hatte, mit seinem Fachwissen an die Öffentlichkeit zu treten – und dafür fristlos gekündigt wurde.

Herr Schöfbeck, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen für dieses Interview mit Kla.TV.

[Andreas Schöfbeck:] Sehr gerne.

[Kla.TV:] Sie waren ja während der Corona-Zeit Vorstand in der Betriebskrankenkasse ProVita. Können Sie uns kurz mit ein paar Worten zu Ihrer Person etwas sagen? Wie lange waren Sie da, wie lange waren Sie bei der Krankenkasse und was war Ihre Tätigkeit, Ihr Werdegang?

[Andreas Schöfbeck:] Ich habe eine klassische Krankenkassenkarriere. Ich habe nach der mittleren Reife angefangen, eine Ausbildung als Sozialversicherungsfachangestellter, war dann 20 Jahre lang bei einer Ersatzkrankenkasse, habe dann zur Betriebskrankenkasse „Die Persönliche" gewechselt und bin dann dort ein Jahr später Vorstand geworden und bin dort ab 1.1. 2001 bis zu meiner Kündigung, war ich über zwei Jahrzehnte Vorstand dieser Kasse.

[Kla.TV:] Ja, Sie haben es gerade gesagt, Sie waren da jahrzehntelang Vorstand der Betriebskrankenkasse und dann sind Sie Anfang 2022 fristlos gekündigt worden. Können Sie den Zuschauern kurz erklären, was da vorgefallen ist?

[Andreas Schöfbeck:] Ja, kann ich gerne erklären. Ja, die Corona-Zeit hat viele, viele Neuerungen gebracht, viele Sachen, die man vorher nicht gekannt hat. Und ich habe eine Auswertung gemacht, eine Datenauswertung über die Nebenwirkungen der sogenannten

Corona-Impfung. Und ich habe da die Möglichkeiten dazu. Ich habe Daten von elf Millionen Versicherten, von allen Betriebskrankenkassen. Die sind anonymisiert und pseudonymisiert [Pseudonymisierung ist die Verarbeitung personenbezogener Daten so, dass sie ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen nicht mehr einer spezifischen Person zugeordnet werden können.], dass man auf sie zugreifen kann. Und dann habe ich da eine Auswertung zusammen mit Tom Lausen [Programmierer, Datenanalyst und Publizist, der seit 2020 durch kritische Auswertungen amtlicher Gesundheitsdaten im Kontext der Corona-Pandemie bekannt wurde] gemacht. Und da gibt es sogenannte ICD-Codes. Das sind verschlüsselte Diagnosen. Und anhand dieser verschlüsselten Diagnosen kann man gut auswerten. Und da haben wir die Diagnosen genommen, die für Nebenwirkungen von Impfungen waren. Und ab 1. April 2021 hat es dann eine eigene Kodierung gegeben, Nebenwirkungen bei Corona-Impfungen. Und die haben wir alle ausgewertet. Und haben die dann aber verglichen mit allem, was vor dieser Zeit war und haben festgestellt, das ist exorbitant gestiegen. Das war ein Vielfaches zu dem, was früher geschehen ist an Nebenwirkungen. Und ich habe das dann ins Verhältnis gestellt zu den beim Paul-Ehrlich-Institut gemeldeten Zahlen von Impfnebenwirkungen. Und weil es so ein krasser Unterschied war, habe ich dann einen Brief geschrieben an den Präsidenten seiner Zeit vom Paul-Ehrlich-Institut, den Klaus Cichutek. Habe aber auch Briefe geschrieben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung, Bundesärztekammer, den GKV-Spitzenverband, an den Dachverband der Betriebskrankenkassen. Die habe ich jeweils persönlich an die Vorstände alle dort gesandt, diese Briefe.

Und dann haben die leider nicht reagiert. Ich habe eine relativ kurze Frist gesetzt von 36 Stunden. Ich war aber der Meinung, das ist gerechtfertigt, weil ich das gesehen habe, wenn die Zahlen so zutreffen, dann besteht Gefahr für Leib und Leben. Und weil da keine Reaktion war, habe ich dann ein Interview gegeben: Welt Online. Und ja, nach der Veröffentlichung dieses Briefes hat sich bei mir dann sehr schnell innerhalb weniger Stunden das Paul-Ehrlich-Institut gemeldet. Dann wollten die plötzlich einen Termin machen.

Dann haben wir einen Termin vereinbart für den 1. März 2022. Und wie es der Zufall so will, am 1. März 2022 ist vormittags dann eine außerordentliche Verwaltungsratssitzung - das ist das Aufsichtsgremium bei mir - einberufen worden. Und mittags so gegen eins/halb-zwei Uhr wurde mir eröffnet, dass ich fristlos gekündigt bin. Und der Termin am Nachmittag wäre für 16 Uhr anberaumt gewesen. Und den habe ich nicht mehr wahrnehmen können. Von Tom Lausen, der an dem Termin war, hat man mir sagen lassen, dass der von meinem seinerzeitigen Stellvertreter dann relativ kurz das Ganze abgesagt worden ist. Mir ist immer wichtig, die Auswertung, die ich gemacht habe: Ich sage nicht, das sind alles Nebenwirkungen der Impfung, sondern das sind Impfschadensverdachtsfälle. Ist wichtig, der Unterschied. Aber, weil es so eine große Zahl war, ich habe festgestellt – hochgerechnet dann auf die deutsche Bevölkerung – waren es 2,5 bis 3 Millionen Menschen, die eben in Behandlung waren wegen Nebenwirkungen dieser Impfung. Und bei dieser großen Zahl, sage ich, kann man nicht alles als Bagatellen abtun, sondern dann gehört das untersucht. Und da muss man halt feststellen, was ist schwerwiegend und was sind tatsächlich Bagatellen. Das war von Anfang an mein Anliegen.

[Kla.TV:] Was hat Sie denn überhaupt dazu bewogen, diese Analysen zu machen?

Andreas Schöfbeck:] Ja, ich habe im Umfeld beobachtet, dass Mitarbeiter sind zu mir gekommen, die haben berichtet, dass sie Telefongespräche mit Versicherten gehabt haben, die von Nebenwirkungen berichtet haben. Ich habe Mails gekriegt, die mir vorgelegt worden sind, wo die Nebenwirkungen waren. Ich habe leider auch im Familienkreis das beobachten müssen mit schwerwiegenden Nebenwirkungen. Eine Cousine von mir, die ist berentet, die hat sich nicht mehr davon erholt. Aber ich habe noch mehr gehabt im Familienkreis. Und da war mir klar, da muss ich hinschauen. Ich habe eine treuhänderische Pflicht für das Vermögen der Kasse und natürlich auch für die Gesundheit der Versicherten und meiner Mitarbeiter. Und das war die Motivation, weil ich gesagt

habe, ja, dann schaue ich da mal hin. Und wir haben auch gute Analysemöglichkeiten im Controlling dazu.

[Kla.TV:] Irgendwie habe ich mitbekommen, dass andere Krankenkassen zu den ähnlichen Ergebnissen oder gleichen Ergebnissen gekommen sind. Und sie hatten auch diesen Austausch. Sie haben die gleichen Zahlen irgendwo gehabt, also ob das jetzt der BKK-Dachverband war oder wer auch immer. Sie sind eigentlich auf die gleichen Ergebnisse gekommen. Wie ist das da weitergegangen?

[Andreas Schöfbeck:] Ja, es sind zweierlei. Es gibt eine Anfrage noch im Informationsfreiheitsgesetz. Das war an die Techniker-Krankenkasse gerichtet. Und bei dieser Anfrage wurde festgestellt – auch so eine Größenordnung – zweieinhalb bis drei Millionen Menschen müssen in Behandlung gewesen sein, wenn man die Zahlen der Techniker-Krankenkasse analysiert. Dann hat es noch Zahlen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gegeben. Die haben auch Zahlen rausgegeben, da sind wir zu gleichen Werten gekommen. Und das andere waren meine Zahlen, weil es auch speziell die Zahlen der Betriebskrankenkassen waren. Die wurden auch angeschaut, eben von unserem Landesverband vom Controlling. Die haben drüber geschaut und das plausibilisiert. Und dann auch noch von den Mitarbeitern aus dem Controlling beim Dachverband der Betriebskrankenkassen in Berlin. Und die haben alle drüber geschaut und die haben nichts beanstanden können. Und insofern ist ja auch eine Bestätigung, dass die Analyse sauber erstellt wurde, ohne irgendeinen intellektuellen Fehler.

[Kla.TV:] Aber da ist niemand weitergegangen und hat diese Sachen irgendwo gemeldet oder gesagt, da gibt es irgendwie doch ein Problem?

[Andreas Schöfbeck:] Nein, da ist niemand weitergegangen. Und letztendlich, der Dachverband, der hat sich zurückgezogen davon und die Vorständin unseres Landesverbandes, die wurde dann leider auch gekündigt. Und sie hat immer betont, hier geht es um sachliche Aufklärung. Sie hat nie groß Theater gemacht in der

Öffentlichkeit, sie wollte immer sachlich aufklären, aber sie – der wurde genauso gekündigt wie mir. Die hat auch ihre Arbeit verloren.

[Kla.TV:] Spannende Zusammenhänge.

[Andreas Schöfbeck:] Ja.

[Kla.TV:] Herr Schöfbeck, Sie haben in ihrem Brief irgendwie thematisiert, dass die Ärzte für diese Meldung der Verdachtsfälle, der Impfverdachtsfälle oder Schäden durch Impfung, dass sie dafür nicht bezahlt werden. Was ist da der Hintergrund?

[Andreas Schöfbeck:] Ja, ich finde es eine sehr wichtige Sache und ein generelles Problem, weil immer, wenn es um Medikamente geht oder Impfstoffe, dann wird es Ärzten nicht vergütet, wenn sie da eine Meldung abgeben. Ich habe mal von einem Arzt mir glaubhaft versichern lassen, dass so eine Meldung 30, 40 Minuten dauert. Und die haben in der Regel im Alltag keine Zeit, das zu machen. Mir hat auch vor kurzem noch meine Ärztin bestätigt, sie hat es dann mit nach Hause genommen. Sie arbeitet in einer Klinik, aber sie hat gesagt, ihre Kollegen, die haben es einfach nicht gemacht, weil es sehr viel Zeitaufwand ist. Und sie hat es in ihrer Freizeit gemacht. Und da sage ich, es muss ein Interesse geben, dass wir alle Meldungen kriegen. Und wenn es an so was schon scheitert, dann sage ich, das muss auch den Ärzten vergütet werden. Die tun ja was auch für das Allgemeinwohl. Und wenn sie da was für das Allgemeinwohl tun, dann sollte das auch vergütet werden. Und ich sage immer, bezahlen sollten es diejenigen, die am meisten Interesse daran haben müssen, dass ein Medikament oder ein Impfstoff möglichst sicher ist. Und das müssen diejenigen sein, die das am Markt produzieren und auch verkaufen. Und darum bitte ich, dass das gemacht wird, dass das eben auch bezahlt wird. Und ich bin etwas erstaunt, dass so was seit Jahren, Jahrzehnten nicht bezahlt wird. Ich habe öfter in meinem beruflichen Alltag dann erlebt, Vertragsverhandlungen mit Ärzten und Ärzteverbände. – ja, das sind gute Verhandler, auch sehr fordernd, wenn es ums Geld geht. Soll alles in Ordnung sein, das sind Verhandlungen. Aber

worum Sie hier pro bono nur für die Ehre arbeiten sollen, das ist dann für mich ein Widerspruch. Und das gehört aufgeklärt. Und ich bin der Meinung, auch die Ärzteverbände sollten sich dafür einsetzen, dass Ärzte für ihre Arbeit an dieser Stelle bezahlt werden.

Kla.TV:] Andere Frage: Seit 2020 ist ja das RKI (Robert-Koch-Institut) und auch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) eigentlich verpflichtet, dass die Daten von den Kassenärztlichen Vereinigungen – also wenn es um die Überwachung der Sicherheit von Impfstoffen geht, irgendwo – dass Sie das berücksichtigen müssen. Das heißt, mit dem Ignorieren Ihrer Daten, die ja auch von den Kassenärztlichen Vereinigungen bestätigt wurden, macht sich das PEI eigentlich nicht im Grunde genommen strafbar? Liege ich da richtig?

[Andreas Schöfbeck:] Ob`s strafbar ist, sollten Juristen beurteilen. Es gibt im Gesetz eine Regelung, dass sie diese Daten auswerten müssen. Allerdings bei der Regelung steht nicht dabei, dass es Konsequenzen hat. Also an dieser Stelle, von dem würde ich Strafbarkeit wahrscheinlich nicht ableiten. Man muss allgemein dann überlegen, das sollen aber Juristen beurteilen, ob es eine Strafbarkeit ist, durch Unterlassen, wenn es hinterher Schäden gibt. Aber das kann ich nicht beurteilen. Das sollten die an dieser Stelle beurteilen. Das wäre eine andere Ebene, auf der man das machen muss.

[Kla.TV:] Aber es ist ja eigentlich schon erstaunlich, dass also weder das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) noch das RKI (Robert-Koch-Institut), nicht nur ihrer Pflicht nicht nachgekommen ist, da irgendwo weiterzugehen, sondern eigentlich diejenigen mundtot gemacht haben, so wie Sie den Mut gehabt haben, irgendwo da die Sachen aufzuzeigen.

[Andreas Schöfbeck:] Ja.

[Kla.TV:] Und obwohl auch andere Kassen eben zu den gleichen Ergebnissen gekommen sind. Und da herrscht eigentlich bis heute Stillschweigen.

[Andreas Schöfbeck:] Ich will nicht behaupten, dass andere Kassen zu dem Ergebnis gekommen sind, dass es nicht falsch rüberkommt. Die Techniker-Krankenkasse hat die Zahlen nach außen gegeben. Und wenn man die Zahlen anschaut, dann kommt man zum gleichen Ergebnis. Das ist mir wichtig. Auch die Klarstellung an dieser Stelle. Und zum anderen: Das Paul-Ehrlich-Institut, die haben immer gesagt, es wäre so aufwendig, das zu machen. Da will ich erst mal aus dem Alltag der Krankenkassen berichten. Ich habe es ja in verantwortlicher Position über zwei Jahrzehnte gemacht, aber auch vorher schon sehr viel beobachtet. Es hat immer umfangreiche Gesundheitsreformen gegeben. Und in der Regel, wenn Politiker das beschlossen haben, haben sie es kurz vor Weihnachten immer beschlossen, mit Wirkung zum 1. Januar. Dann war es rechtsverbindlich. Und da haben zum Teil umfangreiche Softwarearbeiten gemacht werden müssen, damit die Krankenkassen ab 1. Januar überhaupt geschäftsfähig sind und die Neuerungen umsetzen können. Und das haben die Krankenkassen ausnahmslos immer hingekriegt und ist gut so. Aber manchmal mit einem Zeitkorridor von zwei, drei Wochen maximal. Und jetzt will mir das Paul-Ehrlich-Institut erklären, dass die Datenannahme vier Jahre Zeit verbraucht und sie das nicht machen können. Darum wähle ich jetzt dieses Beispiel. Also die Abfrage bei meiner Kasse, die im Prinzip – wenn man weiß, was man will – die dauert eine Viertelstunde. Jetzt sage ich mal, die müssen die Daten zusammenführen, noch von verschiedenen Kassenärztlichen Vereinigungen und so weiter. Das will ich ja alles sehen. Aber dann würde ich denen großzügig zwei bis vier Wochen Zeit geben. Es geht um so etwas Wichtiges. Wir haben eine Ausnahmesituation gehabt. In dieser Ausnahmesituation wurde alles Mögliche ermöglicht. Und hier soll es nicht möglich sein, so etwas zu lösen. Und ja, da habe ich kein Verständnis mehr für diese lange Zeit. Und das darf man ruhig sachlich kritisieren.

[Kla.TV:] Ja, das ist ja eigentlich schon verwunderlich, dass auch, ich sage mal, über die Medien, also auch gerade DIE WELT, wo ja auch die Informationen eigentlich hingeflossen sind, dass da kein Aufschrei kommt, weil – ich sage mal so – viele Menschen von diesen Nebenwirkungen betroffen waren. Und ich sage mal, bis heute wird ja die Impfung noch beworben. Also ich habe gerade wieder den Aufruf gehört, dass also auch Schwangere sich unbedingt impfen lassen sollen, jetzt gerade auf den Winter hin. Was ist da los? Da ist doch irgendwo ein Filz. Da ist etwas im Hintergrund, was diese Leute da zu fürchten haben. Also dass sie eigentlich einen Gesetzesbruch irgendwo begehen. Und, also irgendwo, für irgendwas haben diese Leute doch Angst. Können Sie da aus Ihrer Sicht was dazu sagen?

[Andreas Schöfbeck:] Ja, ich kann es mir schwer erklären und will auch nicht darüber mutmaßen, was die Motivation ist oder warum es nicht geschieht. Aber es ist schwer zu erklären. Also da bleibe ich dabei. Allerdings glaube ich, hat zum Beispiel die Impfung für Schwangere, die wurde jetzt zurückgenommen. Ist vielleicht auch ein Ausfluss vom Untersuchungsausschuss in Brandenburg, glaube ich, wo sehr kritische Fragen gestellt worden sind und auch kritische Sachverständige waren. Kurz darauf, fällt es auf, wurde diese Empfehlung zumindest zurückgenommen.

[Kla.TV:] Würden Sie heute aus heutiger Sicht wieder genauso handeln, wie Sie gehandelt haben?

[Andreas Schöfbeck:] Absolut. Weil, ich habe nur, ich will sachliche Aufklärung, um das ist es mir gegangen. Und ich sage, wenn man Verantwortung trägt, dann gibt es auch unbequeme Zeiten. Und wenn man nur die Verantwortung übernehmen will, wenn es leicht ist und alles und man keinen Gegenwind hat, dann ist man nicht an der richtigen Stelle. Und ich sage auch immer, jede unternehmerische Entscheidung ist auch eine ethische Entscheidung. Auch wenn ich Geld investiere, ist immer eine ethische Entscheidung mit dabei. Und dem kann man sich – dieser Verantwortung, die damit verbunden ist, dass man das Geld treuhänderisch verwalten wird und auch verantwortlich ist für die

Versicherten – dem kann man sich nicht entziehen. Für mich gibt es überhaupt keine Frage. Und ich würde es natürlich genauso wieder machen.

[Kla.TV:] Ja, super. Mögen Sie ganz kurz noch vielleicht Ihre Vision vom Gesundheitswesen der Zukunft, in zwei, drei Sätzen unseren Zuschauern weitergeben?

Andreas Schöfbeck:] Ich versuche es mal in zwei, drei Sätzen. Ich finde, Vision ist schwierig. Ich habe ein klares Bild. Ich habe mich sehr viel mit Gesundheit befasst. Als Jugendlicher habe ich mir schon mal gedacht, was sind die Ursachen von Krankheiten? Ich glaube, dass ich einen Teil gefunden habe in den Wissenschaften. Und das ist in der Psychoneuroimmunologie [Die Psychoneuroimmunologie ist ein interdisziplinäres Forschungsgebiet, das die Wechselwirkungen zwischen dem Nervensystem, dem Immunsystem und der Psyche untersucht. Diese Wissenschaft beschäftigt sich mit der Frage, wie psychologische Prozesse – wie Stress, Emotionen und Gedanken – unsere körperliche Gesundheit beeinflussen, insbesondere durch ihre Wirkung auf das Immunsystem.]. Die Psychoneuroimmunologie klärt auf, wie sich Emotionen auf das Immunsystem auswirken. Und alle Emotionen wirken sich auf das Immunsystem aus, sowohl positive wie als negative Emotionen. Und dann noch die Epigenetik [Epigenetik ist der Teil der Biologie, der erforscht, wie Gene an- oder abgeschaltet werden, ohne die DNA-Sequenz selbst zu verändern]. Das heißt, über die Genetik hinaus. Und das Dogma, dass die Gene verantwortlich sind für Krankheiten, das ist längst widerlegt. Dafür haben Watson und Crick den Nobelpreis gekriegt. Aber es wurde nie auf wissenschaftliche Plausibilität untersucht. Und dazu sagt Bruce Lipton, für mich der genialste Epigenetiker unserer Zeit, der sagt dazu, wenn Sie an dieses Dogma glauben, dann können Sie auch in die Kirche gehen zum Beten. Weil das müsste man untersuchen. Und man hat herausgefunden, es gibt den Begriff der Gen-Methylierung. Und die Gene haben so etwas wie An- und Abschalter. Und diese An- und Abschalter sind unsere Emotionen, unsere Erfahrungen im Leben. Da kommen wir jetzt

zum dritten Thema, die frühkindliche Bindung. Darum ist sie so wichtig. Bruce Lipton hat wieder ein schönes Beispiel, das nehme ich gerne her. Der sagt, so ein Kind läuft in den ersten sieben Lebensjahren wie so ein Computer durchs Leben mit einer anderen Hirnfrequenz. Oder wie ein Aufnahmegerät, um es richtig zu sagen. Und da nimmt das Kind alles auf. Da lernt es viele tolle Sachen, wie sprechen, laufen, kognitive Fähigkeiten. All diese Dinge werden da aufgenommen. Aber dieser Aufnahmerekorder hat ein großes Problem. Der nimmt nämlich alles auf. Der nimmt auch die emotionalen Probleme vom engsten Umfeld auf. Von – vor allem den Eltern, aber auch anderen nahestehenden Personen. Darum sehen Sie dann, wie sich durch Generationen hindurch immer wieder die gleichen Probleme oft ziehen. Aber das Gute an dem Ganzen, was wir jetzt haben, wenn es doch die Programmierung ist: Wir wissen, am Computer, die Programmierung, eine Software, die können wir ändern. Die schreiben wir um. Also brauchen wir Therapien, entsprechende Verfahren, dann können wir Software ändern. Und wenn es die Gene wären, dann wären die Menschen einer Krankheit ausgeliefert. So wird es uns ja vermittelt bei Krebs und allem Möglichen. Aber nachdem es ja die Software ist und wir die ändern können, bin ich keiner Krankheit ausgeliefert. Dann kann man überall ansetzen. Und meine Vision wäre auch, dass wir eine gesündere Generation Kinder kriegen, dass wir da früh anfangen und jungen Eltern und werdenden Eltern beibringen, die selber keine gute Bindung erfahren haben, wie sie es richtig machen. Und dann wächst eine gesündere Generation Kinder heran. Und dann, wenn unsere Emotionen heilen, dann heilt auch die Gesellschaft. Und dann haben wir ein wunderschönes Zusammenleben.

[Kla.TV:] Herr Schöfbeck, vielen Dank für diese Information und für Ihre Vision. Herzlichen Dank, dass Sie hier sind. Und vielen Dank für das spannende Gespräch. Ihnen alles Gute. Vielen Dank!

[Andreas Schöfbeck:] Dankeschön, hat mir Freude gemacht. Dankeschön!

Autor: rh.

> Das könnte Sie auch noch interessieren:
>
> Krankenkasse BKK: Bereits 2,5 - 3 Mio. Covid-Impfnebenwirkungen!
> https://www.kla.tv/21751
>
> Ärzte werden finanziell zum Impfen genötigt!
> https://www.kla.tv/42222

Vielen Dank fürs Lesen! Abonnieren Sie Kla.TV Substack kostenlos, um über neue Beiträge informiert zu werden:

Quellen:

Creative Commons Lizenzen
https://www.creativecommons.org/licenses/

Offener Brief an das PEI
www.barucker.press/p/heftiges-warnsignal-bei-impfnebenwirkungen-nach-corona-impfung

Interview mit DIE WELT
https://nx2001.your-storageshare.de/s/q4jrMGA5ndF2QEg?dir=/&editing=false&openfile=true

Analyse der BKK-Versichertendaten
https://img.welt.de/bin/Nebenwirkungen_bin-237107199.pdf

Ergebnisse der TKK
https://corona-blog.net/2022/07/27/tk-muss-daten-herausgeben-2021-waren-dort-437-593-versicherte-wegen-impfnebenwirkungen-in-aerztlicher-behandlung/

Daten der KBV
https://archive.ph/f4fuP
